

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M., im voraus zahlbar, Vorbezug 4,20 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren, wovon 12 Pf. Postgebühren für den Auslandabonnentent 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Wolk und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner Unterhaltung und Witz, „Frauenstimme“, „Lohn“, „Blitz in die Wäpferwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
22. August 1929
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konparetion des Plenums, Redaktionsleiter Reichsmarkt, „Kleine Anzeigen“ das letzte druckte Wort 25 Pfennig (Gulding) und freigebrachte Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen 30 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt- und Nebensatz 2. monatlich von 5/11 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köndhoff 202-207. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskontokonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Dawes-Plan soll bleiben!

Großes Durcheinander im Haag.

V. Sch. Haag, 21. August. (Eigenbericht.)

Selten ist auf einer Konferenz das Schweigeversprechen so konsequent von allen Teilnehmern der heutigen kritischen Nachmittags-Sitzung so wie diesmal gehalten worden. Ueber den Inhalt der Reden Stresemanns, Snowdens und Briands erfährt man nichts Konkretes, sondern nur ganz allgemeine Andeutungen.

Man weiß nur, daß Stresemann zweimal das Wort ergriffen hat. Das erstemal hat er eine schriftlich formulierte Erklärung vorgelesen, die er dann in freier Rede erläuterte. Diese Erklärung war schriftlich signiert, weil — so heißt die deutsche Delegation hervor — „es sich um ein Dokument handelt, das für die Zukunft wichtig werden könnte“.

Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß das vorlesene Dokument mit aller Eindringlichkeit jenen Standpunkt entwickelte, der im „Vorwärts“ schon gestern dargelegt wurde: Die Pariser Sachverständigen haben im Young-Plan einstimmig festgestellt, daß die neuen Zahlungen der Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechen. Sie haben also implizite anerkannt, daß die Dawes-Lasten die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigen. Auf den gleichen Standpunkt haben sich alle Gläubigermächte gestellt, vier von ihnen, indem sie für die unveränderte Annahme des Young-Planes im Haag eintraten, die fünfte, indem sie zwar Kritik an einzelnen Stellen des Sachverständigenberichtes übte und deren Abänderung erstrebt, aber gerade hinsichtlich der deutschen Jahresleistungen erklärt hat, daß sie mit deren Höhe einverstanden ist. Unter diesen Umständen hat Deutschland einen unzweifelhaften moralischen Anspruch auf Ermäßigung der Dawes-Lasten im Sinne der Leistungen nach dem Young-Plan. Ein automatisches Weiterlaufen des Dawes-Planes ist daher moralisch unhaltbar.

Weiter übte Dr. Stresemann

Scharfe Kritik an dem bisherigen Verlauf der haager Konferenz sowie an den Verhandlungsmethoden;

er besprach den sehr unbefriedigenden Fortgang der politischen Besprechungen über die Rheinlandräumung und stellte fest, daß weder in den finanziellen noch in den politischen Fragen wirkliche Fortschritte in diesen zwei Wochen erzielt worden sind.

Was Snowden und Briand auf diese Darlegungen Stresemanns geantwortet haben, ist nicht zu erfahren. Aber es scheint, daß es nicht sehr erfreulich für uns war.

Ohne den moralischen Anspruch Deutschlands auf die ermäßigten Lasten des Young-Planes an sich zu bestreiten, scheint

Snowden das Hauptgewicht seiner Ausführungen auf die unveränderte finanzielle Forderung Englands gelegt

und sich deshalb auf den formaljuristischen Standpunkt gestellt zu haben. Falls die Young-Konferenz scheiterte, würde England Anspruch auf seinen durch den Dawes-Plan vorgesehenen Anteil erheben.

Briand vertrat mit aller Entschiedenheit die Auffassung, daß der Dawes-Plan selbstverständlich weiterlaufen müsse.

Die ganze Debatte wurde in einer sehr nervösen und gereizten Stimmung geführt, die besonders dadurch gesteigert wurde, daß schließlich auch die Frage der Schuld an dem vorläufigen Scheitern der Konferenz zwischen Snowden und Briand mit aller Schärfe diskutiert wurde. Es war höchste

Zeit, daß die Beratungen gegen 8 Uhr abgebrochen wurden, denn mit jeder weiteren Minute wurde die Verständigung immer aussichtsloser.

Ob durch die deutsche Aktion die ganze Konferenz doch noch einen neuen Antrieb erhalten wird, bleibe dahingestellt. Sicher ist aber, daß eine Entscheidung über das Schicksal der Konferenz in aller nächster Nähe gerückt ist. Vielleicht wird sie schon in der Fortsetzung der Debatte am Donnerstag vormittag fallen.

Morgen nachmittag ist eine neue Aussprache der vier Außenminister, da die heutige Beratung bei Henderson ergebnislos war.

Briand hat seine Termine noch immer nicht nennen wollen, weil die Finanzfragen noch schweben.

Freitag soll die Politische Kommission vollständig wieder zusammentreten — nach einer Pause von fast 14 Tagen!

Die Hoffnungen auf eine finanzielle Einigung haben durch das negative Ergebnis der letzten englisch-italienischen Besprechungen einen neuen Stoß erhalten. Aus der Unterredung zwischen Briand und Snowden am Dienstagnachmittag hatte man den bestimmten Eindruck gewonnen, daß Frankreich und Belgien zu einem weitergehenden Angebot bereit wären, falls Italien ein entsprechendes Opfer bringen würde. Pirelli, der heute Snowden besuchte, begnügte sich aber damit, dem britischen Schatzkanzler auseinanderzusetzen, daß Italien auf der Pariser Konferenz nicht zuziel, sondern eigentlich sogar zu wenig erreicht habe! Nur hinsichtlich der Kohlenfrage war er zu einer scheinbaren Konzession bereit.

Snowden antwortete, daß alle ihm von Pirelli vorgetragenen Ziffern falsch seien.

Italien hätte von England ein noch günstigeres Schuldenschnkommen erzielt als von den Vereinigten Staaten (Pirelli hatte das Gegenteil behauptet). Dann während die Vereinigten Staaten Italien einen Schuldennachschuß von 80 Prozent gewährt hätten, hätte England sogar 88 Prozent Italien zugestanden. Dieser Nachschuß sei von Churchill gewährt worden auf Grund der ausdrücklichen Verpflichtung Italiens, alle seine Einnahmen aus den Reparationen für die Zahlung seiner Kriegsschulden zu verwenden, um so sonderbarer sei es, daß Italien jetzt auf der Pariser Konferenz dennoch Sonderprivilegien auf Kosten Englands erstrebe.

Pirellis einzige Konzession an Snowden war das Angebot, daß sich Italien verpflichten wolle, auf 25 Jahre jährlich eine Kohlenmenge aus England zu beziehen, die dem Durchschnitt der letzten vier Jahre entspreche. Snowden bemerkte darauf ironisch, daß dieser Durchschnitt besonders niedrig sei infolge der englischen Bergarbeiterausperrung 1926, die fast 10 Monate dauerte und den Export der englischen Kohle völlig lahm legte. Dieses Angebot Pirellis würde bedeuten, daß Italien künftig nur noch 50 Prozent der Kohle aus England beziehe, die es vor dem Kriege von dort bezogen habe!

Die Sechsmächte-Konferenz.

Die Sitzung begann um 17½ Uhr und wurde kurz vor 20½ Uhr auf Donnerstag 10 Uhr vertagt. An ihr nahmen ausschließlich die Hauptdelegierten und einige Beobachter teil. Weder die Staatssekretäre noch Pressechefs, nicht einmal die amtlichen Stenographen wurden zugelassen.

Weder Krieg noch Frieden.

Im Osten nichts Neues . . .

Von Peter Garwy.

Weder Krieg noch Frieden . . . Mit dieser sakramentalen Formel, mit der seinerzeit Trocki die Brest-Litowsker Unterhandlungen abgebrochen hat, kann man am besten die gegenwärtige Lage im Fernen Osten kennzeichnen. Der russisch-chinesische Konflikt scheint stabilisiert, das mit drei Tagen befristete Ultimatum der Sowjetregierung hat sich in einen langfristigen Rotenwechsel verwandelt. Es scheint, als ob die Friedenssicherungen unserer Zeit, Kellogg-Pakt und Völkerbund, bereits wirksam geworden wären.

Leider ist dies Bild ziemlich trügerisch. Der stabilisierte Konfliktzustand ist kein Friedenszustand. Gerade weil die öffentliche Meinung der ganzen Welt jetzt nach dem Haag abgelenkt ist, ist das herausziehende Kriegsgewitter im Fernen Osten von einer besonderen Gefährlichkeit. Der unsichere Zustand zwischen Krieg und Frieden kann nicht lange dauern. Dabei hört man einstweilen nichts, weder vom Völkerbund, noch vom Kellogg-Pakt . . .

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Peking bleiben abgebrochen. Die Vermittlungsinitiative der Vereinigten Staaten ist durch die Sowjetregierung scharf abgelehnt. Ebenso sind bis jetzt auch die mehrmaligen Versuche der Pekingregierung, den Konflikt auf dem Wege der direkten Unterhandlungen mit Moskau beizulegen, infolge der ablehnenden Haltung der Sowjetregierung gescheitert. Auf beiden Seiten der Grenze — Kriegsspionage, Truppenmobilisierung, Kriegsvorbereitungen. Beide Seiten üben sich in den gemeinsten Beschimpfungen und Kriegstügen. Es ist ein Zustand, wie wenn die Flinten von selbst zu schießen begännen. Darin liegt eine große Gefahr.

Bald meldet China einen russischen Anriff, bald Sowjetrußland einen chinesischen. Beide dementieren und provozieren in einem Atem, um die Kriegsschuld nötigenfalls dem Gegner zuzuschreiben und freie Hand für den „Verteidigungskrieg“ zu haben. Sicherlich sind beide Seiten in der Tat wirtschaftlich unfähig, einen ernsten Krieg auf die Dauer zu führen, ohne Gefahr zu laufen, eine verblüffende Niederlage davonzutragen. Aber man darf nicht vergessen, daß es sich im Fernen Osten um zwei Diktaturen handelt, die Gefangene ihrer eigenen Militärcliquen werden können.

Die Bildung einer besonderen „Armee für den Fernen Osten“ mit dem vollstümlichen Bürgerkriegsgeneral Blücher an der Spitze legt beredtes Zeugnis davon ab, wie weit schon die Kriegsspionage in die Regierungskreise in der Sowjetunion eingedrungen ist. Sicherlich ist der ganze Kriegstaumel im hohen Grade ein inner- wie außenpolitischer Bluff. Immerhin ein kriegsgefährliches Soldatenpiel.

Der Stellungsstempel der sowjetischen und chinesischen Diplomaten droht also durch den Stellungsstempel der Generale beider Länder abgelöst zu werden. Beide Revolutionsregierungen pendeln zwischen Krieg und Frieden. Es scheint mitunter, als ob das national-bürgerlich konsolidierte China, ähnlich wie Japan im Jahre 1904, vor der Versuchung stehe, sich durch einen siegreichen Krieg mit dem geschwächten und isolierten Rußland seine Weltgeltung zu erobern. China ist aber jetzt in einer ganz anderen Situation als Japan 1904. Es braucht vor allen Dingen Frieden, sonst wird seine kaum erlangte Staatseinheit und sein beginnender wirtschaftlicher Aufbau noch einmal geprengt. So scheint der sibirische Eisenbahnkonflikt nicht unbeträchtlich dazu beigetragen zu haben, daß die bekannte Note des chinesischen Außenministers Dr. Wang mit der Bitte über die Abschaffung der Exterritorialität von den Vereinigten Staaten gerade jetzt mit einem höflichen aber festen Nein beantwortet worden ist.

Auch in der Ostpolitik der Sowjetmacht kämpfen zwei Tendenzen gegeneinander. Die weltrevolutionären Berechnungen des Kreml in bezug auf China scheiterten kläglich, die national-staatlichen Bestrebungen beginnen dagegen die Oberhand zu gewinnen. Indessen zwingt die geschichtlich unvermeidliche Umstellung der imperialistischen Politik der Großmächte in China, die auf die Ablösung der Kanonendiplomatie durch die Dollardiplomatie hinausläuft, auch Sowjetrußland zur entsprechenden Umstellung seiner Chinapolitik. Aber das verarmte Sowjetrußland ist für den finanzwirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Großmächten in China noch weniger vorbereitet, als für die Fortsetzung der vom Zarismus ererbten militärpolitischen Expansionspolitik. Die Sowjetregierung steht auch deswegen so fest an der Ostpolitik, weil diese sowohl ein militärpolitischer, als auch ein ökonomischer Machtfaktor in der Mandchurei ist. Bei dem gegenwärtigen Stand der russischen Wirtschaft ist sie der einzige Machtfaktor Rußlands im neuen China. Der Verzicht auf diesen gleichzeitig militärpolitischen und wirtschaftlichen Stützpunkt bedeutet für Rußland auf absehbare Zeit seine Ausschaltung aus dem Kreise der Großmächte, die das neue China finanzwirtschaftlich und politisch beeinflussen werden. Für eine radikale

Die deutsch-polnische Grenze.

Äußerungen von Dr. Breitscheid.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Rudolf Breitscheid werte dieser Tage in den Randstaaten. In Riga äußerte er sich gegenüber einem Vertreter der „Journals Sinas“ („Neueste Nachrichten“), wobei er u. a. auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen streifte. Breitscheid führte nach dem genannten Blatt unter anderem aus:

„Politisch ist die Frage der Grenzrevision zwischen uns und Polen die allerdringendste und aller schwierigste. So geschloffen Deutschland die wirtschaftlichen Schwierigkeiten erkennt, die durch die Grenzziehung im Osten entstanden sind, so geschloffen lehnt Polen eine Grenzrevision ab. Aber diese Ablehnung der Grenzrevision ist z. B. in Frankreich keineswegs einheitlich. Wiederholt haben sich einflussreiche Franzosen über die Unhaltbarkeit dieses Zustandes geäußert; darüber will man allerdings in Warschau nichts hören. Aber jeder Ausländer, der über den Korridor nach Deutschland kommt, findet diesen Zustand, wo ein großes Land in zwei Teile zerschnitten wird, unhaltbar. Zugegeben, daß die überwiegende Mehrheit der Be-

völkerung im Korridor polnisch ist. Das wäre an sich kein Grund, diesen Zustand zu verewigen. Die Bevölkerung im Korridor könnte genau so eine Minderheit im Deutschen Reich sein wie die polnische Bevölkerung in Deutsch-Oberschlesien. Sie hat wie diese Recht und Anspruch auf Pflege des nationalen Eigenlebens und auf eine Kulturaufonomie. Wir hoffen, daß sich in einer späteren Zukunft irgendeine Modifikation, die bestimmt im Interesse beider Staaten ist, wird herbeiführen lassen. Die Schaffung des Freistaates Danzig kann ich nur als eine Torheit bezeichnen. Danzig ist eine urdeutsche Stadt mit einer fest geschlossenen deutschen Bevölkerung und man hat daraus ein lebensunfähiges Gebilde gemacht. Ich darf aber gleich mit aller Bestimmtheit hinzufügen, daß Deutschland niemals mit Waffengewalt eine Revision der Grenzen versuchen wird. Was ein paar unverantwortliche deutsche Studenten und Gymnasialisten über Revanche im Osten und Westen felsen, ist vollständig bedeutungslos. Die deutsche Arbeiterklasse — und darauf kommt es an — wird keinen Krieg mehr führen.“

Das neue Arbeitslosenrecht.

Wichtige Bestimmungen der Regierungsvorlage.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Regierungsvorlage zur Reform der Arbeitslosenversicherung den finanziellen Ausgleich der Reichsanstalt neben einer Beitragserhöhung durch folgende Maßnahmen zu erreichen sucht: Verlängerung der Wartezeit, Anrechnung von Renten, Wartegeldern und Ruhegehältern, Verringerung der Unterstützungssätze für Saisonarbeiter in der Zeit der berufswidrigen Arbeitslosigkeit und Aufhebung der Beiträge für die Krankenversicherung von Unterstützungsempfängern. Die letztere Frage hat mit dem Krankengeld, das der Arbeitslose im Falle der Krankheit zu bekommen hat, nichts zu tun; darin tritt keine Änderung ein. Weitere Vorschläge sehen eine

Vereinfachung des Abrechnungsverfahrens mit den Krankenkassen

für die Krankenversicherung der Arbeitslosen vor. Es wird außerdem der Reichsanstalt zur Pflicht gemacht, die Beitragsabführung für die Arbeitslosenversicherung, die durch die Krankenkassen zu erfolgen hat, nachzuprüfen. Außerdem wird der Vorstand verpflichtet, die Dienststellen der Reichsanstalt durch besondere Prüfer laufend nachprüfen zu lassen. Dieser Teil der Vorschläge hat den Zweck, durch schärfere Kontrollen den Beitragseingang zu erhöhen und die Ausgaben dahin zu überwachen, daß die gesetzlichen Bestimmungen auch innegehalten werden.

Es ist außerdem vorgesehen, daß der Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt anordnen kann, daß Arbeitgeber die Arbeitsstellen, die sie mit einem Arbeitnehmer besetzen, dem zuständigen Arbeitsamt anzeigen. Es handelt sich hier um eine wichtige Ergänzung der im Gesetz bereits vorgesehenen

Meidpflicht offener Stellen.

In beiden Fällen handelt es sich um arbeitsmarktpolitisch bedeutsame Möglichkeiten, die in ihrer Auswirkung auch zu einer finanziellen Entlastung beitragen können, weil sie ermöglichen sollen, den Arbeitslosen in Arbeit zu vermitteln. Die weiteren Änderungen der versicherungsrechtlichen Bestimmungen sehen zunächst eine Erweiterung des Personenkreises vor, in dem Kargestellt wird, daß

angestelltenversicherungspflichtige leitende Angestellte auch arbeitslosenversicherungspflichtig

sind. Die jetzigen Bestimmungen weisen hier eine Lücke auf. Die bereits bestehende Versicherungsfreiheit bei land- und forstwirtschaftlicher Beschäftigung soll nicht von einer Anzeige abhängig sein. Es wird außerdem festgestellt, daß die sonstigen in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten zum versicherten Personenkreis gehören. Außerdem ist vorgesehen, daß die Beitragspflicht der Lehrlinge bereits 12 Monate, statt wie jetzt 6 Monate, vor Ablauf des Lehrverhältnisses beginnt. Von erheblicher Bedeutung sind die vorgeschlagenen Änderungen über die

Versicherungsfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung.

Als geringfügig soll dabei eine Beschäftigung gelten, die nicht mehr als 24 Arbeitsstunden in einer Kalenderwoche beträgt, oder wenn für sie kein höheres wöchentliches Arbeitsentgelt als 8 M. oder kein höheres monatliches Entgelt als 33 M. vereinbart oder ortsüblich ist. Falls es sich jedoch um Kurzarbeit handelt, so soll diese nicht darunter fallen. Für die Arbeitgeber besteht aber auch in den Fällen geringfügiger Beschäftigung die Beitragspflicht, soweit diese Beschäftigung nach der Krankenversicherung unterliegt. Neben diesen Veränderungen in dem versicherten Personenkreis ist vorge-

grundsätzlich auch die unständig Beschäftigten herausgenommen

werden sollen. Allerdings erhält der Verwaltungsrat der Reichsanstalt das Recht, mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers anzuordnen, daß unständige Beschäftigten versicherungspflichtig sind. Die Anordnung kann sich auch auf solche unständigen Beschäftigten erstrecken, die geringfügig sind. Um die Durchführung dieser Anordnung abzuwarten, ist in Artikel 4 des Entwurfs vorgesehen, daß bis zum Erlaß dieser Anordnungen, spätestens jedoch bis zum 1. November 1930, zunächst alle unständig Beschäftigten versicherungspflichtig bleiben. Die geltenden Bestimmungen sehen vor, daß der Verwaltungsrat für die unständig Beschäftigten für die Erfüllung der Anwartschaft wie über die Berechnung des Arbeitsentgelts, nach dem sich die Unterstützung bemisst, Sonderbestimmungen erlassen kann. Der Entwurf sieht vor, daß der Verwaltungsrat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers für unständig Beschäftigte

für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter.

Vorschriften erlassen kann, die von den allgemeinen Unterstützungsbedingungen abweichen. Einschneidende Änderungen sieht auch die Vorlage hinsichtlich des Personenkreises bei den Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden vor. Die Tätigkeit von Zwischenmeistern, die nicht den überwiegenden Teil ihres Berufsgebietes aus ihrer eigenen Arbeit am Stücke beziehen, soll versicherungsfrei sein. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt erhält das Recht, mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Tätigkeit weiterer Gruppen von Hausgewerbetreibenden und von Heimarbeitern von der Versicherungspflicht zu befreien. Er kann ferner mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Versicherungspflicht von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern, die gemeinschaftlich arbeiten, abweichend von den sonstigen Bestimmungen dieses Gesetzes regeln. Damit will man anscheinend erreichen, den Unterstützungsbezug in diesen Familien nach oben zu begrenzen, wenn diese Familie aus mehreren versicherungspflichtigen Personen besteht, die insgesamt oder teilweise arbeitslos werden. Ein weiterer Vorschlag geht dahin, den

Begriff der Arbeitslosigkeit

näher zu bestimmen. Er will sicherstellen, daß nur wirkliche Arbeitnehmer die Unterstützung in Anspruch nehmen können und dem Mißbrauch durch selbständige Landwirte oder Gewerbetreibende vorbeugen. Es wird weiter vorgeschlagen eine

Änderung der Sperrfrist.

Das heißt Entzug der Unterstützung, der über den Arbeitslosen verhängt werden kann, wenn er gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt. Die vierwöchige Sperrfrist soll auf zwei Wochen abgekürzt werden können, wenn die Lage des Falles eine mildere Beurteilung rechtfertigt, in schwereren Fällen, insbesondere in Wiederholungsfallen, soll sie bis auf acht Wochen verlängert werden können. Im Vorschlag wird außerdem gebracht eine

Verlängerung der Anwartschaft in Fällen kurzer Arbeitszeit.

Wenn diese nicht mehr als 24 Stunden in der Kalenderwoche betragen hat, so sollen zwei Arbeitstage für einen gerechnet werden.

Das gleiche gilt, wenn das Beschäftigungsverhältnis nicht während der ganzen Kalenderwoche bestanden und die Arbeitszeit nicht mehr als 4 Stunden am Tage betragen hat. Hat der Arbeitnehmer gleichzeitig in mehreren Beschäftigungsverhältnissen gestanden, so sind die Arbeitszeiten zusammenzuzählen. Von einschneidender Bedeutung ist auch der Vorschlag, daß ein Arbeitsloser, der mehr als die Hälfte der Beschäftigungszeit, die für die Zugehörigkeit zu einer Lohnklasse maßgebend ist, in einem anderen Orte verbracht hat als dem Ort, in dem die Unterstützung zu gewährt ist,

die Unterstützung nicht höher sein darf, als sie nach den Lohnverhältnissen des Unterstühtungsortes wäre.

Die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter haben für die Durchführung dieser Bestimmung Richtlinien aufzustellen. Eine weitere Bestimmung sieht eine Neuregelung der Vorschriften über die Anrechnung von Gelegenheitsarbeit, die Unterstützungsempfänger verrichten, vor. Diese Anrechnung soll in weit größerem Umfang erfolgen als bisher. Weitere Bestimmungen sehen eine Verschärfung der Kontrolle der Arbeitslosen vor. Außerdem werden Vorschläge zur Vereinfachung des Spruchverfahrens gemacht.

Diese humoristische Uebersicht der wichtigsten Vorschläge zeigt, daß die Regierungsvorlage in vielen Punkten einen tief einschneidenden Eingriff in das geltende Versicherungsrecht enthält, der mit der Beseitigung von Mißbräuchen nichts zu tun hat. Es wird notwendig sein, bei den Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuss diese Bestimmungen den sozialen Erfordernissen besser anzupassen.

Im Sozialpolitischen Ausschuss.

Die gestrige Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags begann mit einer Rede des Reichsarbeitsministers, der eine kritische Betrachtung der Vorlage durch Grafmann (Soz.) folgte. Ueber beide Reden ist bereits berichtet.

Räder (KPD.) verteidigte das geltende Arbeitslosenversicherungsgesetz, das die Kommunisten seinerzeit als „schlimmsten Arbeiterverrat“ gekennzeichnet haben, in einer langatmigen Rede und kündigte am Schluß den Aufruf aller Werktätigen gegen die neue Vorlage an.

Dr. Pfeffer (D. Sp.) erklärte, daß seine Fraktion mit der Vorlage in wesentlichen Punkten nicht einverstanden sein könne. Die Reichsregierung hätte es vermeiden sollen, eine solche unfertige Vorlage an den Ausschuss zu bringen. Die Deutsche Volkspartei könne die Vorlage nach ihrem Gesamtkontext als gegen sich gerichtet empfinden. Man habe zwar die Beitragserhöhung aufgenommen, dagegen die vom Sachverständigenausschuss verlangte wichtigste Milderung in den Leistungen herausgelassen. Die Sanierung der Versicherung werde sich auch ohne Beitragserhöhung erreichen lassen, wenn das vom Sachverständigenausschuss vorgeschlagene Verhältnis zwischen Beitragserhebung und Unterstützungshöhe angenommen wird. Ohne die Festlegung einer solchen Relation sei die Sanierung unmöglich. Die Kürzung des Beitrags an die Krankenversicherung könne noch über 30 Millionen Mark hinaus durchgeführt werden. Der Reichsparteiler empfahl, das Angebot einer privaten Versicherungsgesellschaft (!) einzuhaken. Auch bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge seien noch Ersparnisse möglich.

Schlager (Dmal.) verteidigte die Abwamträge seiner Fraktion und machte eine Rechnung auf, wonach das gekante Defizit ohne jede Beitragserhöhung lediglich durch Ersparnisse an den Leistungen gedeckt werden sollen.

Der Ausschuss vertagte sich sodann auf Donnerstag 10 Uhr.

Gorgen der Kleinstädte.

Tagung des Reichsstädtebundes.

Sied. 21. August.

Die Tagung des Reichsstädtebundes wurde am Mittwoch vormittag mit einer Sitzung des Gesamtvorstandes und des Reichsstädtebundes im Sitzungssaal des Rieker Rathhauses eröffnet. Der Bundespräsident, Bürgermeister Dr. Beilan, hielt einen Vortrag, in welchem er zu aktuellen Fragen der Kommunalpolitik Stellung nahm. Unter anderem wurde über die neuen Pläne des preussischen Innenministeriums verhandelt, die dahin gehen, den Städten bis zu 5000 Einwohnern das Recht zum selbständigen Erlaß von Polizeiverordnungen zu nehmen und auf den Landrat zu übertragen. Zu dieser Frage nahm der Gesamtvorstand eine Entschliebung an, in der festgelegt wird, daß eine Regelung in der geplanten Form keine Vereinfachung, sondern eine Komplizierung und Erschwerung der örtlichen Polizeiverwaltung bedeuten würde. Bei dem engen Zusammenhang zwischen Ortspolizei und Stadtverwaltung gebiete das Interesse der Selbstverwaltung, von jedem Experimentieren in dieser Richtung abzusehen. Nicht durch schematische Ausschaltung der Ortspolizeibehörde, sondern nur durch Einschränkung der Zahl der Polizeiverordnungen bei allen zuständigen Stellen könne das Ziel einer Vereinfachung erreicht werden. Die Herausgabe eines Polizeistrafgesetzbuches, das alle grundlegenden Bestimmungen enthalten könne, würde zu diesem Zwecke dienlich sein. Die ergänzenden Vorschriften hätten dann der Ortspolizei am besten direkt vorbehalten, ohne daß der Landrat als störende Zwischeninstanz eingeschaltet werde.

Das weitere besahe sich der Vorstand mit der Tatsache, daß wesentliche Bestimmungen des Reichssteuerungsgesetzes vom 10. August 1925 bis heute noch nicht durchgeführt worden seien. Das Gesetz sehe vor, daß die Reichsbahn den Gemeinden, in denen Eisenbahnwerkstätten usw. ihren Sitz haben, sogenannte Verwaltungslostenzuschüsse zahlt, da die Gemeinden in der Regel gerade umfangreiche Aufwendungen zugunsten der Reichsbahn leisten müssen. Die Reichsbahn habe sich bisher geweigert, dieser gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen. Für die betroffenen Gemeinden bedeute das eine schwere finanzielle Schädigung. In einer Entschliebung legt der Reichsstädtebund Barmahrung dagegen ein, daß ein Reichsgesetz in fünf Jahren noch nicht durchgeführt worden ist. In dem in Preußen jetzt endlich beschlossenen Lastenausgleich zugunsten der Städte mit kommunaler Polizei wird ein Fortschritt erzielt. Der Gesamtvorstand erwartet jedoch, daß dieser Ausgleich nicht erst 1932, sondern bereits 1931 voll in Kraft tritt.

Keine Grenzsperrung gegen Ungarn. Die Budapest Meldungen über die Sperre der südbanischen Grenze gegenüber Ungarn werden demontiert. Auch die südbanische Grenzschutzhaft in Budapest demontiert diese Meldungen. Die Budapest Züge und die Post sind normal in Belgrad eingetroffen.

Umstellung von der vererbten militärischen Machtpolitik zu einer Politik des Friedens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit führt sich Rußland zu schwach. Dieses Schwächegefühl führt zu Unsicherheit und zu Schwankungen.

Vom ersten Tag des Konflikts behauptete die Sowjetpresse einstimmig, daß hinter der Nanjingregierung, der jede eigene Initiative abgeprochen wird, eine fremde imperialistische Macht stehe, nämlich Japan. Gegen Japan war der entfesselte Kriegstaumel gerichtet. Japan sei Rußlands Rivale in der Mandschurei. Japan verführe mit der Hand der Nanjingregierung die Ostschinabahn sich gewaltsam anzueignen, um seine Hegemonie in der Mandschurei zu behaupten. Japan, behauptete die „Brawda“ schließlich, bemühe sich, die beginnende Annäherung Sowjetrußlands mit Amerika zu sprengen.

Das Bild hat sich aber wie durch ein Wunder plötzlich geändert, als Amerika seine Vermittleraktion einleitete. Die Sowjetregierung hat diese Vermittlungsinitiative glatt abgelehnt. Seitdem wird das Mißtrauen des russischen Volkes statt gegen Japan gegen Amerika gelenkt. Hinter der Nanjingregierung, behauptet zum Beispiel die „Brawda“ vom 17. August, steht das amerikanische Kapital, das in der Form einer angeblich geplanten Internationalisierung der Ostschinabahn ihre Amerikanisierung herbeizuführen suche und zu diesem Zweck auch Frankreichs Hilfe anstrebe, das bekanntlich seine finanziellen Ansprüche auf die Ostschinabahn nicht aufgegeben hat.

Welch eine Wendung! Trotzdem ist sie begreiflich. Gleich Sowjetrußland arbeitet Japan in China immer noch zum großen Teil mit den veralteten militärpolitischen Methoden und widerlehrt sich der finanzkapitalistischen amerikanischen Politik der „offenen Tür“. Beide Nachbarstaaten Chinas haben in der Mandschurei gemeinsame, wenn auch entgegengesetzte, imperialistische Interessen, die sie gegen jeden „Außenstehenden“ zu verteidigen suchen. Nicht umsonst bemüht sich jetzt die Sowjetregierung, die provinzielle Mukdenregierung gegen die zentrale Nanjingregierung auszuspielen, nur um die mit Japan gemeinsame „Einflussphäre“ zu retten. Außerdem braucht die Sowjetregierung für den Kriegsfall mit China wenigstens die wohlwollende Neutralität Japans. Ein Krieg gegen die vereinigten Ostmächte ist im voraus verloren.

Sicherlich verfolgt auch Amerika gleich anderen Großmächten eine imperialistische Politik in China. Aber — keine Eroberungspolitik. Die Bolschewisten selbst haben bis in die allerletzte Zeit mit Nachdruck betont, daß Amerika zum Unterschied von den anderen Großmächten in China eine Politik verfolgt, die die nationale Konsolidierung und den wirtschaftlichen Aufbau Chinas am meisten begünstigt.

Die Sowjetregierung droht jetzt im Fernen Osten mit Kanonen, um die Ostschinabahn und mit ihr die vom Zarismus vererbte Einflussphäre in der Mandschurei zu retten. Diese Kanonenpolitik der Sowjetregierung wird keineswegs dadurch richtiger und annehmbarer, daß auch Amerika in China eine ausgesprochene imperialistische, und zwar eine Dollarpolitik verfolgt. Die Kanonenpolitik Englands und Japans hat bereits 1925/26 völlig versagt. Auch die Rotkanonenpolitik wird versagen. Die Sowjetregierung wird daher am besten tun, wenn sie den veränderten Verhältnissen im Fernen Osten Rechnung tragen und den einzig gangbaren Weg der Verständigung mit Nanjing beschreiten wird. Auf diesem, aber nur auf diesem Wege wird sie auch die Unterstützung der öffentlichen Meinung des Weltproletariats finden, um welche sie jetzt mit ihren verkappten rotmilitaristischen Methoden vergebens wirbt.

Mussolinis Londoner Lügenbofschaft.

Öffentliche Brandmarfung vor England.

Als der italienische Sozialist Carlo Rosselli vor wenigen Wochen von der Teufelsinsel Lipari gestücht war, wurde seine Gattin, eine Engländerin von Geburt, im Montbiangebiet verhaftet und trotz ihres leidenden Zustandes und ihrer Schwangerschaft gezwungen, eine Nacht in der Polizeistation Aosta zu verbringen. Erst am nächsten Morgen erhielt sie die Erlaubnis, in einem Hotel zu wohnen, müßte sich jedoch verpflichten, Aosta nicht zu verlassen. Die italienische Botschaft in London demontierte nicht nur diese Angaben, sondern auch die Verhaftung. Auf dieses Dementi hat Rosselli jetzt mit folgendem Brief an die Londoner „Daily News“ geantwortet:

„Der falschliche Botschafter in England hat Ihnen mitgeteilt, daß Signora Rosselli weder verhaftet worden noch sonst irgendwie belästigt worden sei; Signora Rosselli sei vollkommen frei, und es sei nicht der geringste Versuch gemacht worden, ihre volle Bewegungsfreiheit zu unterbinden.

In Wirklichkeit ist meine Frau am 31. Juli in Courmayeur verhaftet, sofort nach Aosta gebracht worden und hat dort eine Nacht und einen Tag im Gefängnis verbracht; sie befand sich in einer gemeinsamen Zelle mit Prostituierten und anderen unglücklichen Frauen der gleichen Schicht. Da sie an Herzschwäche leidet und schwanger ist, hat der Polizeipräsident auf Grund dringlicher Vorstellungen meiner Mutter erlaubt, daß meine Frau im Hotel della Corona, Aosta, wohnen durfte. Sie lebte dort noch am 14. August unter strenger polizeilicher Ueberwachung, wurde von zwei Polizeioffizieren ständig ausgefragt und durfte weder Briefe empfangen noch solche absenden. Obwohl sie eine tapfere und hochherzige Frau ist, war sie, besonders während der letzten Tage, infolge der vielen Verhöre ermüdet und deprimiert. Seit dem 14. August habe ich keine Nachricht... Falls Signor Bordonaro (der Botschafter) die Sitten haben sollte, meine Feststellungen zu demontieren, so bin ich bereit, einem Forum englischer Gentlemen unabweisliche Beweise für meine Behauptungen zu unterbreiten... Carlo Rosselli.

Es ist bekannt, daß der Faschismus sich seiner Gegner mit allen Mitteln zu entledigen sucht; daß das amliche Italien seine Gemeinheiten bestreitet, gehört notwendig dazu.

Die Sozialistenverfolgung in Litauen.

Königsberg, 21. August.

Die aus Kowno gemeldet wird, wurden dort der Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Darbo Baskas“, der Student Danis, sowie einige Mitglieder der bereits aufgelösten sozialdemokratischen Partei verhaftet. Die verhafteten Personen sollen Beziehungen zu den Plebskajisten in Wina unterhalten haben.

Fränkische Geschwaderzüge. In einigen Tagen werden je ein Geschwader fränkischer Militärjugende Propagandazüge nach Polen und Afrika unternehmen. Der Flug nach Polen wird von 10 Jagdflugzeugen ausgeführt, und zwar auf dem Wege über Straßburg und Prag. Die Genehmigung zum Ueberfliegen deutschen und tschechischen Gebiets ist beantragt worden. Das Geschwader wird nur in Prag und in Warschau landen.

Etwas derart Blödes ...

Müdes Urteil über die Hitterei.

Der frühere Kapitänleutnant von Mücke war ein heroischer Kämpfer im Lager der Hittlerleute. Bis er vor kurzem plötzlich diesen Gefellen den Rücken kehrte und — vorläufig — parteilos wurde. Er hatte nach den sächsischen Neuwahlen an die sozialdemokratische Landtagsfraktion die schriftliche Frage, im Einverständnis mit Hittler, gerichtet, in welcher Form ein Zusammenarbeiten mit den Nationalsozialisten bei der Regierungsbildung möglich sein könnte.

Diese Frage hat, als sie bekannt wurde, den tapferen Adolf Hittler bewogen, sein vorheriges Einverständnis abzuleugnen. Daraufhin hat Mücke seinen Austritt erklärt. Jetzt gab er dem „Jungdeutschen“ Gelegenheit, in den Briefwechsel Einblick zu nehmen, den er mit Hittler geführt hat. Darin fällt er über die Hittler-Fraktion im Sächsischen Landtag folgendes harte Urteil:

„Etwas derartig Blödes wie das Verhalten der Fraktion im Landtag bei der Regierungsbildung, kann ich mir eigentlich nicht vorstellen... so weiter gearbeitet, würde der Nationalsozialismus zum Gespött... hat zur Vorbedingung Säuglingserziehung als Politiker und als Folge moralischen Tod. Ich glaube es aussprechen zu müssen, daß je weniger die Landtagsabgeordneten in der Lage sind, selbständig zu handeln, um so mehr klare und scharfe Befehle sie von oben erhalten müssen... ich kann daher nur meinen dringenden Rat wiederholen: Geben Sie in den schärfsten Formen bedingungslosste Befehle...“

Fraktionsführer der Hittlerleute in Dresden ist Manfred von Killinger, einer der Berühmtesten aus der „Organisation Consul“ des Ehrhardt. Von diesem Killinger erzählt Mücke dem „Jungdeutschen“:

„Am 7. Juni suchte mich Herr Hittler in meiner Dresdner Wohnung auf, in der Hauptsache, um die Angelegenheit Killinger zu besprechen. Denn ich hatte bereits am 25. April 1929 meine Streichung in den Listen der NSDAP. gefordert mit der Begründung, daß ich mit einem Menschen, der mich wider besseres Wissen in der gemeinsten Art und Weise verunglimpft hatte, nicht in einer Partei sein wollte. Herr Hittler hatte sich damals geweigert, mich zu streichen. Daraufhin wiederholte ich meine Forderung am 2. März. Um diese Frage zu klären, kam Herr Hittler nach Dresden.“

Hittler hat die Gemeinschaft mit Killinger der Gemeinschaft mit Mücke vorgezogen. Jetzt hat er auch noch die Arbeitsgemeinschaft mit Hugenberg geschlossen. Man sieht, er ist wirklich auf dem besten Wege, die Intelligenz der sächsischen Hittlerfraktion auf das ganze Reich auszudehnen. „So etwas Blödes...!“

Der Schimpfprinz verurteilt.

Beleidigungsprozess gegen Prinz zur Lippe.

Slogan, 21. August. (Eigenbericht.)

Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Slogau fand heute abends ein Beleidigungsprozess gegen Friedrich Wilhelm Prinz zur Lippe auf Trogelwitz statt. Dieser hatte, wie erinnerlich, im Verfolg seines ersten Prozesses folgenden beleidigenden Brief an den Landgerichtspräsidenten geschickt:

Wetter Herr Landgerichtspräsident!

Wie aus der Republikanischen Beschwerdestelle nachstehendem Kreisen bekannt, steht Ihre Beförderung zum Oberlandesgerichtspräsidenten von Jerusalem bevor. Als Kriminalkommissar soll Ihnen Assessor Bierkowski beigegeben werden, der benachteiligte Mann in Sachen der Frau Müller. So freut mich besonders, daß ich als erster Sie dazu beglückwünschen kann.

Mit besonderem Händedruck und Wertschätzung

Ihr Prinz zur Lippe.

In der ersten Verhandlung gegen Lippe wegen Beschimpfung der Republik und ihrer Abgeordneten hatte die deutschnationale Stadtverordnete Frau Justizrat Müller als Schöfin mitgewirkt. Ehe sich das Gericht damals zur Urteilsbegründung zurückerzog, ging sie auf den Angeklagten zu, verbeugte sich ehrfürchtig vor ihm und drückte ihm die Hand. Dann erst ging sie in das Beratungszimmer hinein, um unparteiisch über ihn zu Gericht zu sitzen. Wegen dieses Vorkommnisses hatte auf ausdrückliche Beschwerde der Landgerichtspräsident eine Untersuchung eingeleitet. Während diese noch schwebte, schickte Lippe ihm den unerschämten Brief. In der jetzigen Verhandlung wegen Beleidigung konnte man feststellen, daß Lippe heute noch von der Deutschen Republik eine Hauptmannspension von 217 Mark pro Monat bezieht! Trotzdem aber beschimpft er die zahlende Republik und ihre Beamten aufs böseartigste. Der Anklagevertreter Staatsanwaltschaftsrat Wipping erklärte, er habe anfänglich an eine Revision geglaubt, denn er hielt es für ausgeschlossen, daß ein gebildeter Mensch derartiges schreiben könne. Der Angeklagte habe hier einen hohen Justizbeamten aus verwerflicher Weise beleidigt. Der Straf Antrag lautet auf 1000 Mark Geldstrafe. Das Schöffengericht verurteilte den Schimpfprinzen nur — zu 300 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis.

Die „Banaußen“ antworten.

Und stellen Bedingungen.

Halle, 21. August.

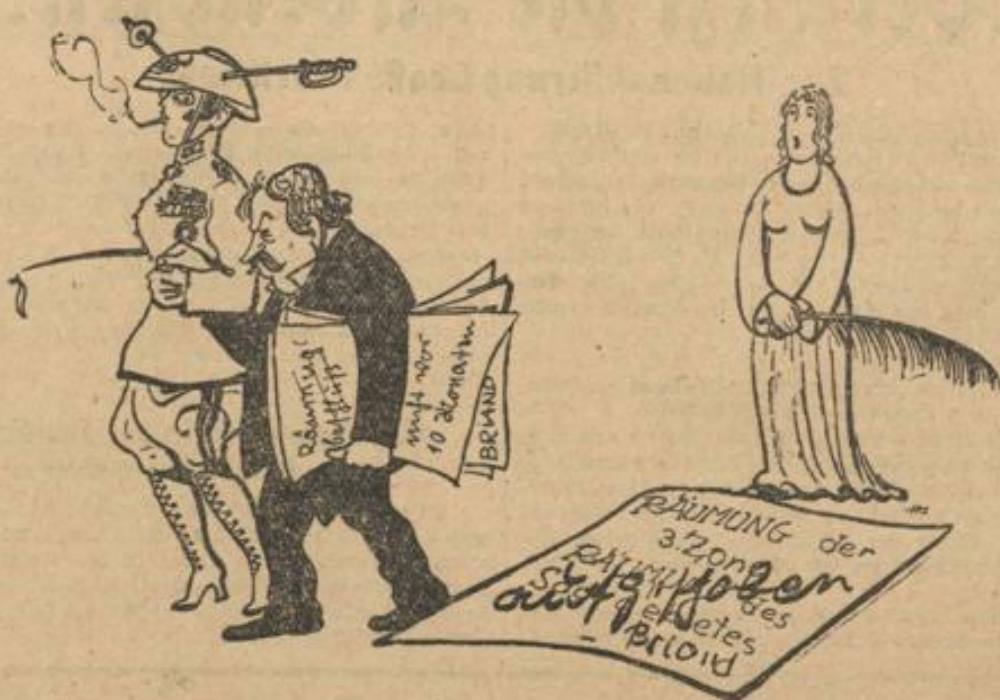
Heute nachmittag trat hier die Reichsparteileitung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei zusammen. Neben organisatorischen Fragen nahm sie Stellung zu den von dem Landesverbandvorsitzenden der Deutschnationalen, Dr. Schiele, in einem Rundschreiben gegen die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei gerichteten Angriffen. Die Parteileitung der Landvolkpartei erklärte, daß sie eine umgehende Klarstellung darüber erwartet, ob die deutschnationale Parteileitung den Standpunkt Dr. Schiele teilt. Wenn das der Fall sei, würde es der Landvolkpartei, unbeschadet ihres grundsätzlichen Kampfes gegen unerträgliche Tribuslasten, außerordentlich erschwert werden, weiterhin im Reichsausschuß für das Volksbegehren mit der Deutschnationalen Volkspartei gedeidlich zusammenzuarbeiten.

So, nun wird Hugenberg Schiele rüffeln müssen und die „Banaußen“ dürfen dann weiter das Adelsbegehren unterstützen.

Treiblich Lincoln gesucht. Die belgische Polizei jagdet eifrig nach Treiblich Lincoln, der kürzlich aus Holland ausgewiesen wurde. Treiblich Lincoln war u. a. liberales Unterhausmitglied, dann Dreifacher der „Kapp-Regierung“, später Wäch in einem chinesischen Buddhisten-Kloster, Agent in Afghanistan u. dgl. m.

Selbstbestimmungsrecht für Capen-Malmedy und St. Vith fordert im Interesse der deutsch-belgischen Zusammenarbeit ein Aufruf, den die gesamte deutsche Presse dieses Gebiets veröffentlicht.

Der europäische Friede.



... und hat er geschworen, er meint es ehrlich mit mir!

Die Hauptstadt und die Heimwehr

Eine Rede des Bürgermeisters Karl Seih.

In der Wiener Vertrauensmännerversammlung am Montagabend, über die wir berichtet haben, war in der Debatte u. a. der Hinauswurf jener städtischen Arbeiter und Angestellten gefordert worden, die Heimwehler sind. Als letzter Redner ging Karl Seih, der Vorsitzende unserer Bruderpartei und Bürgermeister von Wien, auch auf dieses Verlangen ein. Die Rede unseres Grundes ist aber auch sonst so aufschlußreich, daß wir sie wiedergeben für notwendig halten. Von der Versammlung stürmisch begrüßt, führte Seih aus:

Was ist die Ursache, daß wir so verschiedene Meinungen haben über die einzuschlagende Taktik: ob man Gewalt anwenden soll oder Barmherzigkeit, ob man appellieren soll an den Staat, an die Regierung? Das ist darauf zurückzuführen, daß wir hier unter Verhältnissen leben, in der die bisherigen Kampfmethoden zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht mehr anwendbar sind. Bisher war es so, daß man um Ideen, um Seelen gerungen hat, daß man Menschen gewonnen hat, sie in die Organisation geführt, diese in den Dienst der Wahlbewegung stellte und daß die Wahl dann entschied. Im Bürgertum war man sich darüber klar, daß dieser Weg unweigerlich zu irgendeiner Zeit führen muß, daß die Sozialdemokratie liegt. Mit der sozialdemokratischen Verwaltung in Wien vor Augen wußten sich die bürgerlichen Parteien: Was wird dann geschehen, wenn auch im Staat diese Partei regiert?

Gewiß gibt es im Bürgertum Leute, und nicht wenige, die auf dem Boden der Demokratie stehen und parlamentarisch regiert wissen wollen; die auch wissen, daß die parlamentarische Regierungsform und die Demokratie die einzigen Mittel sind, um Österreich für die Zeit zu halten, die das Schicksal ihm bestimmt hat. Aber es gibt im Bürgertum auch Leute, die das nicht vertragen und zu jedem Mittel entschlossen sind, um das Aufsteigen der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie, zu verhindern. Für solche Leute gibt es eigentlich nichts anderes als die Heimwehr.

Sie können uns nicht die Macht der Argumente oder die Macht der Zahl entgehen lassen, daher versuchen sie es mit der rohen Gewalt, mit dem Terror.

Wer aber den Gedanken hegt, daß politisch verantwortliche Faktoren, Regierungen, Behörden, sich zur Heimwehr und all ihren Praktiken bekennen sollen, der ist wahrlich ein Verbrecher an der Republik. (Zwischenruf: Ein katholischer Priester!)

Denn das ist klar, wenn diese Bewegung um sich greift und wenn sich solche Vorfälle wie am Sonntag wiederholen, so führt das zu einer Gefahr für das Wirtschaftsleben, für das Proletariat, zu einer Gefahr für die Bourgeoisie, für die Republik, vor allem für die Stadt Wien. Es ist hier gesagt worden: Geben wir

das Aufmarschverbot für Wien

auf. Ich halte den Zeitpunkt für nicht gegeben. (Sehr richtig!) Wir haben mit diesem Aufmarschverbot bis zu einem großen Grade Wien betriebe. Es mag vorkommen, daß einmal einer mit einem verbotenen Stahlhelm marschiert, daß einmal eine Gruppe irgendwo marschiert; im großen und ganzen wird dieses Aufmarschverbot eingehalten. Es ist nicht abzulehnen, was geschähe, wenn wir es aufheben. Es wäre vielleicht sogar ein Flammenzeichen. Ich weiß nicht, ob in einem Monat die Aufhebung zweckmäßig sein wird. Aber heute ist dieses Verbot gut, man soll daran nicht rütteln, und ich rate dem Landeshauptmann von Wien, nicht daran zu rütteln. (Heiterkeit.) Gestern hat der Landeshauptmann von Tirol sich nicht zur Heimwehr bekannt, er hat auch gesagt, daß sie den staatlichen Organen mindestens Hilfsdienste zu leisten habe. Es wäre sehr nahelegend, daß der Landeshauptmann von Wien sich auch so eine Parteigarde suchte. Aber wir dürfen nicht in die Fehler unserer Gegner verfallen.

Es läge auch nahe, daß man, wie das hier angedeutet worden ist, mit der brutalen Gewalt des Unternehmers gegen andersdenkende Angestellte oder Arbeiter vorgeht. Ich halte das für höchst unangemessen und würde meine Hand nie dazu bieten. Wenn jemand sich eine Verletzung zuzuschulden kommen läßt, so muß dafür Sühne geschaffen werden. Aber jemanden von vornherein wegen seiner politischen Einstellung in seinem Beruf verfolgen, ist nicht nur nicht gerecht, sondern praktisch nicht möglich. Wenn dem Genossen irgend etwas bekannt ist von einer Verfehlung eines Beamten oder Angestellten bei der Straßenbahn, sei es der höchste oder der unterste, so möge er es mir mitteilen. Und wenn das ein zu verfolgendes Delikt ist, so wird der Betreffende verfolgt werden.

Wenn aber jemand sagt: Du sozialdemokratische Stadtverwaltung, verfolge denn oder jenen, denn er hat die oder jene Meinung, und wenn jemand mich zu einer solchen Handlung zwingen wollte, so würde ich an diesem Tage meinen Posten verlassen.

(Lebhafte Beifall.) Das heißt nicht, daß irgendein Vergehen ungeahnt bleiben soll, aber es muß geführt werden in den normalen Formen des Rechts und nicht mit Unrecht. Wehe uns, wenn wir auf das Niveau der Luegerer hinuntersteigen wollten! (Der

christlichsoziale Bürgermeister Dr. Lueger hat andersdenkende rücksichtslos entlassen, so auch den Lehrer Karl Seih, Red. d. „Borm.“) Wehe der Arbeiterschaft, wenn der Grundjah einmal einrückt, daß jeder Unternehmer seine Angestellten nach der Gesinnung behandelt! Wenn so etwas irgendwo geschieht, haben wir uns dagegen zu wehren, aber wir haben nicht das gleiche zu tun.

Eines müssen wir dem Bürgertum und auch der Regierung sagen: So ruhig, so besonnen die österreichische Arbeiterschaft auch ist —

diese Arbeiterschaft mit ihrer Tradition aus den Zeiten der finsternen Reaktion wird nie niedergedrungen werden, wie es anderswo geschehen ist.

Sie mit Gewalt niederrücken wollen, hieße alles, was überhaupt hier an Werten besteht, gefährden. (Stürmischer Beifall.) Wenn sich alles geändert hat in Österreich, die Arbeiterschaft und der gute Geist der Heimwehr, der Kampfgestalt und der Mut der Arbeiter, das alles ist heute, wie es vor dreißig Jahren war.

Ich glaube, wir werden in der nächsten Zeit ein sehr ernstes Wort zu reden haben mit allen Verantwortlichen und allen jenen, die die Heimwehrbewegung mit Reden und anderswie unterstützen. Sie haben in der Heimwehr Leute aus den allerbesten Niederungen gesammelt, vom Fürsten bis zum Lumpenproletariat, aber nicht der arme Teufel, der nimmt, ist der eigentliche Verbrecher, sondern die Geldgeber. Man kann keine Programme entwerfen gegen einen solchen Gegner, der selbst kein Programm hat. Man muß nur

in jedem Augenblick gewappnet sein.

den Schutzbund stark machen, bereit sein zur Abwehr. Die beste Taktik ist die gute alte: den Kampfgestalt, den Mut in der Arbeiterschaft erhalten, die Gegner zur Ueberzeugung zu bringen, daß die Arbeiterschaft mit aller Kraft verteidigen wird, was sie zu verteidigen hat. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Der Messerstecher von Erlaa.

Wien, 21. August. (Eigenbericht.)

Der wegen der Bluttat bei Erlaa verhaftete Oskar Seidl ist 24 Jahre alt und hat früher in Wien gewohnt. Im August überfiel er mit seiner Mutter nach dem nahen Bösendorf, wo seine Mutter einen Kleinhandel mit Gemüse betrieb. Das Geschäft der Mutter geht sehr gut, so daß sie als wohlhabend gilt. Der Sohn ließ sich von seiner Mutter erhalten und hat trotz seiner 24 Jahre nie einen ordentlichen Beruf ausgeübt.

Die Zentralkommission des Republikanischen Schutzbundes veröffentlicht folgende Erklärung: „Die Bundesführung der Heimwehr behauptet in einem Aufruf, daß der Heimwehmann Franz Janisch von „verhehnten Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes auf tierische Weise ermordet“ worden ist. Demgegenüber erklären wir, daß der Doktor Seidl, der die tödlichen Messerstiche gegen Janisch führte,

niemals Mitglied des Republikanischen Schutzbundes gewesen ist. Er hat wohl vor 5 bis 6 Wochen um Aufnahme in die Schutzbundgruppe Bösendorf nachgesucht, ist aber von der dortigen Gruppenleitung sofort energig abgewiesen worden, weil er ihr als Trunkenbold und Kaufbold bekannt war. Die gegenseitigen Behauptungen der Bundesführung der Heimwehr sind leichtfertige Lügen.“

Die Anschlußbewegung.

Amerikanische Dressleute in Wien.

Eine größere Reisegesellschaft von Journalisten englischer und deutscher Wälder in USA. befuhrte vor kurzem auf ihrer Deutschlandreise auch Wien. Im Sitzungssaal des Niederösterreichischen Landtages, von dem 1848 die Revolution ausging und wo 1918 im November die Reichsratsabgeordneten der deutschen Wahlbezirke Mitteleuropas als Vertretung Deutschösterreichs dieses Land als demokratische Republik und Bestandteil der Deutschen Republik proklamierten, sprachen zu den Gästen der Vizepräsident des Bundesrates, Universitätsprofessor Dr. Hugelmann und der erste Kanzler der Republik, unser Freund Dr. Karl Renner über Geschichte, Wesen und Selbstbestimmungsrecht Deutschösterreichs. Renner berichtete u. a., daß die neuen Gesetze und Gesetzkommentare Deutschösterreichs nicht mehr gedruckt werden, weil die Auflage dafür zu klein ist!

Die Gäste aus USA. versicherten, wie tief sie die beiden Vorträge ergriffen haben und daß sie sofort in dem Land Woodrow Wilsons für die Gewährung des von ihm verkündeten Selbstbestimmungsrechtes der Völker auch für Deutschösterreich eintreten werden.

24 Stunden später.

Verchiebung des „Zeppelin“-Startes in Japan.

Wie vom japanischen Flugplatz Kasumigaura gemeldet wird, wurde bei der Vorbereitung zum Aufstieg des Luftschiffes zur vorgesehenen Startzeit die hintere Rotoren Gondel durch Verberührung mit dem Boden anscheinend leicht beschädigt. Da Dr. Eckener erst genau festgestellt wissen wollte, ob durch diesen Aufschlag die Sicherheit des Schiffes gefährdet sein könnte, wurde der Abflug des „Graf Zeppelin“ um 24 Stunden hinausgeschoben.

Tokio, 21. August.

Obwohl man damit rechnet, daß der Flug über den Pacific nur drei bis vier Tage dauern wird, nahm der „Graf Zeppelin“ genügend Proviant an Bord, um die 20 Passagiere und 41 Mann der Besatzung sechs Tage lang voll versorgen zu können. Auch eiserne Rationen für den Notfall sind aufgenommen worden. Der Proviant ist in Metallbehälter verpackt und wird durch Trockeneis frischgehalten. Der Postschlußtag erhielt durch die Anwesenheit des „Graf Zeppelin“ eine besondere Bedeutung. Zahlreiche Privatpersonen und Geschäftsfirmen fertigten noch die letzte Post für das Luftschiff ab, das im ganzen 5700 Poststücken für Amerika und Europa mitnimmt.

Die Wettermeldungen vom Pacific und aus Japan lauten bisher günstig. Wie die Tokioter Meteorologische Wetterstation meldet, befindet sich über Japan augenblicklich ein Tiefdruckgebiet. Dr. Eckener fürchtet aber dieses Tief nicht, sondern hofft, die westlichen Winde für seinen Flug auszunutzen zu können. Es ist also anzunehmen, daß der „Graf Zeppelin“ programmäßig seinen Weiterflug fortsetzen wird. Zurzeit ist das Luftschiff mit der Verprovisionierung beschäftigt, nachdem die Auffüllung der Traggaszellen und die Uebernahme von Betriebsstoff bereits gestern beendet wurde. Die Mannschaften sind von den Japanern überreich beschenkt worden, so daß sie die Geschenke nicht alle im „Zeppelin“ mitnehmen können und gezwungen sind, sie mit gewöhnlicher Post nach Hause zu schicken. Welchen Weg der „Zeppelin“ einschlagen wird, steht noch nicht endgültig fest. Es wird jedoch angenommen,

daß er den kürzesten Weg, also die Dampferroute wählen wird, d. h., daß er die Hawai-Inseln voraussichtlich nicht ansteuern dürfte. Der Weg von Tokio nach Los Angeles hat eine Länge von rund 8500 Kilometern. Bei einigermaßen günstigen Wetterverhältnissen kann der „Zeppelin“ diese Strecke in 84 Stunden zurücklegen, während die großen Passagierdampfer bei einer Geschwindigkeit von 20 Seemeilen für die gleiche Strecke 17 Tage benötigen.

Interessant ist, daß der „Zeppelin“ auf seiner Fahrtroute die sogenannte Datumsgrenze, den 180. Längengrad, passieren wird. Das hat zur Folge, daß er bei Erreichen der Grenze, also voraussichtlich 24 Stunden nach seiner Abfahrt von Tokio, einen Kalendertag zweimal erlebt. Je nach der Zeit, zu der er die Datumsgrenze überfliegt, wird er also, da er bereits an einem Donnerstag (nach japanischer Zeitrechnung) gestartet ist, entweder den Donnerstag oder den Freitag doppelt erleben. Er darf also einen Tag lang seinen Kalender nicht abreißen.

Japan — Deutschland.

Anlässlich der Landung des „Graf Zeppelin“ in Japan hat der japanische Ministerpräsident an den Reichkanzler nachfolgendes Telegramm gerichtet:

„Anlässlich der sicheren Ankunft des „Graf Zeppelin“ in Japan auf seinem Flug rund um die Welt habe ich die Freude, Ihnen und durch Sie dem deutschen Volk Japans herzlichste Glückwünsche zu übermitteln. Das ganze japanische Volk heißt das gewaltige Luftschiff mit einer der geschichtlichen Bedeutung des Ereignisses entsprechenden ungeheuren Begeisterung willkommen, und es wünscht ihm ein aufrichtiges „Fahrwohl“ für die kommende Bezwingung des Pazifischen Ozeans, der bisher durch kein Flugzeug überquert worden ist. Das Werk deutschen Genies und Unternehmungsgenies hat unsere beiden Völker sicherlich nicht nur in dem räumlichen Abstand, sondern auch in Freundschaft und Geist einander näher gebracht, und ich ergreife gern die Gelegenheit, dem deutschen Volk Glück und Gedeihen zu wünschen.“

Das Antworttelegramm des Reichkanzlers an den japanischen Ministerpräsidenten Hamaguchi hat folgenden Wortlaut:

„Für die so überaus herzlichsten Glückwünsche, die Sie anlässlich der Ankunft des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ dem deutschen Volke und mir persönlich gefandt haben, spreche ich Ihnen meinen wärmsten Dank aus. Die begeisterte Anteilnahme, die das japanische Volk an dem Fluge bekundet, und die von Herzen kommende Gastlichkeit, mit der das Luftschiff und seine Besatzung in Japan aufgenommen wurden, finden in Deutschland freudigen Widerhall und dankbare Würdigung. Mit dem ganzen deutschen Volke teile ich Ihre Zuversicht, daß die Ueberwindung des Raumes durch die Luftfahrt dazu beitragen wird, unsere Völker einander näher zu bringen und ihre Freundschaft weiter zu vertiefen. In herzlichster Erwidrerung Ihres Grußes an Deutschland bitte ich meinen aufrichtigsten Wunsch für die glückliche Zukunft Japans entgegennehmen zu wollen.“



Zur Fahrt des „Graf Zeppelin“ Tokio — Los Angeles.

Ferienheim niedergebrannt.

Alle Insassen — Berliner Kinder — in Sicherheit.

Das Heim Immenhof der Arbeiterwohlfahrt bei Hühel in der Lüneburger Heide ist gestern von einem Großfeuer heimgesucht worden. Alle Kinder konnten rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.

Die Flammen griffen mit großer Schnelligkeit um sich, trotzdem war es gelungen, sämtliche Insassen des Heimes, zum großen Teil junge Mädchen aus Berlin und Hamburg, rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die freiwillige Ortsfeuerwehr und die Wehren der umliegenden Ortschaften hatten stundenlang mit der Bekämpfung des Brandes zu tun. Obgleich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versucht wurde, den Flammen Einhalt zu gebieten,

brannte das Haupt- und Schlafgebäude des Heimes bis auf die Grundmauern nieder.

Der außerordentlich heftige Wind erschwerte die Löscharbeiten in erheblichem Maße. Wie uns aus Immenhof mitgeteilt wird, wurden schon beim Ausbruch des Feuers sofort alle Maßnahmen ergriffen, um die Kinder in angrenzende Gebäude zu bringen. Es sind alle Insassen, lange bevor für den einzelnen überhaupt eine Gefahr bestand, in Sicherheit gewesen.

Um so festsamer mutet deshalb die sensationell aufgemachte Nachricht eines Berliner Spätabendblattes an, in der geschildert wird, daß Berliner Ferienkinder „in Lebensgefahr“ waren. Zur Beruhigung können wir mitteilen, daß alle Insassen des Heimes mit größter Ruhe das Haus verlassen konnten. Ein in der Nähe liegendes Ferienheim der Stadt Berlin, das etwa 400 bis 600 Kinder beherbergt, ist von dem Großfeuer verschont geblieben.

Die durch die Feuerbrunst zurzeit obdachlos gewordenen Kinder haben sogleich in den benachbarten Ortschaften Hühel und Spingen Unterkunft gefunden. Der Gesamtschaden ist durch Versicherung voll gedeckt.

Französische Jugend im Arbeiterbezirk.

Das Bezirksamt Prenzlauer Berg empfing 45 französische Ferienkinder, die in Birkenwerder mit deutschen Jungen vier Wochen zusammengelebt haben und vor der Heimreise nun noch 8 Tage Berlin kennenlernen sollen.

Kein Empfang wie sonst üblich, mit offiziellen Reden, gerade um der Form zu genügen. Dafür aber sehr viel warme Herzlichkeit und von Anfang an ein so freundschaftliches Verhalten, ein so fröhliches Beieinander, wie es wohl selten erreicht werden kann. Nach einer munteren Kaffeetafel machte man zunächst in einem von der BVB. zur Verfügung gestellten Dreiecksbus eine Rundfahrt durch den Bezirk. Die Jungen sahen die herrlichen Sport- und Spielanlagen, die aus einer Sandmüste geschaffen worden sind, lernten das Ambulatorium für Knochenüberfälle kennen, bewunderten das Werk für Obdachlose in seiner peinlichen Sauberkeit und Großzügigkeit, ließen sich die Gasgewinnung in den Gaswerten erklären und standen staunend vor den großartigen Siedlungen und Neubauten des Bezirks, besonders vor der gewaltigen Großbaustelle der Gehag, auf der in wenigen Monaten circa 1000 Wohnungen aus der Erde wachsen. Der Kontakt zwischen Gästen, Freunden und Gastgeber war durch diese Fahrt bereits hergestellt; seinen Höhepunkt erreichte er nachher in dem gemütlichen Beisammensein, wobei aller Herzen ganz von selbst ausgingen. Bürgermeister Genosse Ostrowski gab bei dieser Gelegenheit dem Gefühl der fröhlichen Verbundenheit bereiten Ausdruck. Er knüpfte an die Zeit vor etwa 25 Jahren an, als er als junger Student und erster Austauschlehrer in französischen Schulen mit französischer Jugend lebte. Damals mußte man sich das Vertrauen erkämpfen. Heute schieden Franzosen ohne Mißtrauen und

Die Pflasterkästen

von A.M. Frey.

Copyright 1929 by Gustav Kiepenheuer Verlag A.-G., Berlin

„Dafür wascht ich Ihre Wäsche sehr fein, oh — blütenweiß“ verspricht sie dankbar.

Er versichert, sie morgen zu bringen, und beschleunigt den Abschied, denn der Gedanke an „morgen“ und das Fernere verjagt alle Freude.

Es ist leichter, in ein Parterrefenster hinein, als aus ihm herauszufolgen. Wie sie es endlich vollendet haben — er hat vorankletteren müssen, mit dem Rücken gegen die Straße — und sich umdrehen, steht da im Finstern eine glimmende Zigarre.

„Funkt“ — sagt der Kommandeur halb laut. „Schau mal an!“

„Herr Oberstleutnant!“ ruft Funkt aus, in dienstlicher Haltung.

„Esss.“ macht Bummer, als sei er der Ertrappe.

Die Kleine mittelt den höheren Offizier und will sich eilig davonmachen.

„Halt!“ kommandiert Bummer verstopft. „Halt! Qui vive!“

Kann er's nicht besser? Was will er eigentlich? Wenn er mich verdonnert, so genügt es doch. Wozu braucht er das Mädchen? Oder will er sich über uns lustig machen? zweifelt Funkt.

Er und die Kleine suchen Zusucht beieinander. Beteiltes Bech ist halbes Bech.

„Seid S' vor allem gedämpft, sonst sind wir zu dritt blamiert.“ äußert der Kommandeur unverstündlich und in einer erregten Freundlichkeit. Er kommt näher heran, er riecht nach seinem geliebten Rotwein. — Als gehöre er zu uns, als wolle er sich zum Spießgesellen machen, empfindet Funkt.

„Ich hab' auch nicht schlafen können.“ beginnt der andere. „Weiß der Fenster, was einem bevorsteht. Sie haben ja recht gehabt, Funkt. Morgen geht's nämlich schon weiter. Wie — was? Am Ende wird einmal jeder von uns noch dran

glauben müssen in diesem endlosen Tanz. Am Ende diesmal — dort unten an der Sonne — was?“

„Herr Oberstleutnant, ich bitte gehorsam um Verzeihung. Ich bin seit über einem Jahr im Feld, ich habe auf Urlaub verzichtet, ich —“

„Beschenkt! Es ist ja eine Unverschämtheit, was Sie da gemacht haben, und eine noch größere, sich von mir erweichen zu lassen, aber nett ist der Käfer, soweit ich sehe, man kann Ihren Schritt verstehen. — Komm her, du, laß dich anschauen.“

Angélique versteht offenbar so viel Deutsch, daß sie weiß, was gemeint ist. Sogleich tritt sie zu dem Offizier.

Er hebt ihr das Kinn hoch. „Süßer Rader.“ sagt er. Man sieht im Schein der heftig aufglühenden Zigarre seine breitlächelnden schönen Zähne.

Pause. Bummer hält immer noch die Hand an der Wange des Mädchens. Was nun? Wie soll es weitergehen? Ist man festgefahren?

Die Kleine möchte ein Ende machen. Sie dreht mit sanfter Wendung ihr Gesicht aus der Männerhand und will lachte davon, als lasse sie Schlafende zurück — aber der Kommandeur hält sie am Arm.

„Funkt, Sie können nur straffrei bleiben.“ sagt er gewaltsam und in einer unmöglichen Mischung von Strenge und Lilt. „wenn Sie nichts vor mir voraushaben. Verstehen Sie mich? An die Sonne wollen Sie gehen, gestreichelt und getrostet von einem solchen Prachtvogelchen, während ich — nein, das gibt's nicht.“

Funkt ist erstarrt.

„Sie halten mich für verrückt, wie? Vielleicht sind wir alle nicht mehr normal.“ sagt der andere leise und heftig, fast wie aus einem Fieberschlag heraus.

Da kann Funkt ohne weiteres zustimmen, das kann er einsehen.

„Haben Sie sie bezahlt?“ erkundigt Bummer sich vorsichtig.

„Ich glaube, sie läßt sich nicht bezahlen. Aber ich habe ihr etwas geschenkt — auf ihre Bitte hin.“

„Dann ist alles in Ordnung. Helfen Sie dem Weiberl hinein in Ihr Zimmer. Sie werden hier — warten auf mich — auf uns. Wons!“ flüstert er heiser gegen das Mädchen.

Funkt kommt nicht dazu, sich über das alles zu wundern. Er muß Angélique dort hinaufheben, von wo er sie eben heruntergeholt hat.

Dann turnt der Fünfundfünfzigjährige behend seiner Sehnhaut nach.

Funkt geht lauter, als es angebracht ist, unter dem Fenster hin und her. Er will nicht hören, was drinnen sich abspielt. Ich bin noch nie auf Wache gezogen, denkt er, dies ist die erste, seit ich beim Militär bin...

Nachher ist es so, daß nur Angélique aus dem Fenster schwebt, von Männerarmen hinausgehoben, von Männerarmen unten aufgefangen.

„Revoir.“ haucht sie ein wenig bedrückt ihrem Funkt zu, ehe sie flüchtet. „A domain!“

„Kommen Sie herein, Funkt.“ verlangt der Kommandeur mit gemohnter, lauter Stimme. Er steht am Fenster, er hat den Kragen der Vitemka zu.

Er ist sehr aufgetraht, er dreht das elektrische Licht an, er hat das Bedürfnis, alles sehr hell und laut zu haben.

Kaum steht Funkt wieder vor ihm, sagt er laut: „Was, wenn sie nun einen strammen Soldaten zur Welt bringt, weiß sie nicht einmal, von wem sie ihn verehrt bekommen hat.“ Er scheint für den Augenblick vergessen zu haben, wer er ist und wer der andere.

„Einen strammen Soldaten, der ein Franzose wäre, also einen Feind. Wir haben einen Feind erzeugt.“

Bummer ist trotz dem eigenen scherzhaften Ton auf einmal peinlich berührt. „Nicht gesagt.“ rettet er sich. „Vielleicht bleibt Lille und alles drum herum deutsch.“

„Das wäre — ein besonderer Glücksfall in unserer Angelegenheit.“ meint Funkt mit undurchdringlicher Ironie. „Biel eher ist anzunehmen, daß wir leichtsinnig dem Gegner einen Vorteil verschafft haben. Das wäre Landesverrat.“

„Hören Sie auf! Geistreich zu sein ist nur Ihr Zivilberuf.“ lacht der Alte, beinahe zornig.

„Ich meine es vollkommen ernst.“ sagt Funkt still und feierlich.

Der Oberstleutnant lenkt kurzerhand ab. „Sie haben vorher erzählt, Sie sahken nie in Urlaub. Warum nicht?“

„Weil ich nicht wiederkäme, wenn ich einmal heraus wäre aus diesem — diesem —“ er findet nicht das passende Wort.

„Sie enthüllen sich heute von schönen Seiten.“ höhnt Bummer. Und plötzlich herrlich, plötzlich orientiert über das für ihn Unmögliche der Situation: „Passen Sie auf, daß Sie's nicht zu weit treiben!“

(Fortsetzung folgt.)

Bedenken ihre Kinder zu uns und wir zu ihnen. Einer vertraut
restlos dem anderen sein bestes, seine Jugend, an!
Die herzliche Gemeinschaft zeigte sich so recht, als dann
deutsche und französische Lieder gemeinschaftlich unter
Beteiligung aller Besucher gesungen wurden. Der Führer der fran-
zösischen Schüler, M. Jourdan, dankte in französischer Sprache
und drückte die Erwartung aus, daß die junge Generation Frank-
reichs zur gegenseitigen Verständigung beitragen werde.

In den 10 Tagen, die die französischen Austausch-
schüler noch als Gäste der Stadt Berlin hier verbringen, lassen
es sich die städtischen Behörden ganz besonders angelegen sein, den
jungen Gästen möglichst viel zu zeigen. Es regnet nur so Ein-
ladungen, Empfänge und Besichtigungen, und jeder Tag ist voll aus-
gefüllt mit Neuem und Interessantem. Nachdem die jungen Fran-
zosen am Dienstag Gäste des Bezirksamts Prenzlauer Berg waren,
war gestern das Bezirksamt Mitte der Veranstalter eines
fröhlichen und gleichzeitig interessanten Tages. Um 3 Uhr trafen
sich die jungen Franzosen und einige ihrer deutschen Kameraden,
die sich für diesen Tag Urlaub von der Schule erbeten hatten, mit
ihrer Lehrerschaft in der Stadtbücherei Brunnenstraße 181, wo sie
vom Hausherrn, Bürgermeister Genosse Dr. Schneider, empfan-
gen und herzlich begrüßt wurden. Sie besichtigten die Biblio-
thek, die hübschen Les- und Lesentischräume, dar-
unter das sogenannte Märchenzimmer, in dem sich die junge Ge-
meinde des Bezirks Mitte um einen runden Tisch zu versammeln
pflegt, um den Erzählungen der Märchentaube oder des Märchen-
onsels zu lauschen. Um zu erproben, ob das Märchenstudium auch
auf die jungen Söhne Frankreichs übertrug, improvisierte einer
der Lehrer solche Märchenstunde, indem er einen der jungen Gäste
zum Märchenerzähler aufforderte. Das gelang auch sehr gut, und
der wackere Stegreisdichter wurde mit großem Beifall ausgezeich-
net. Nachher gab es bei Tisch eine fröhliche Vesperstunde mit Kaffee
und Kuchen, und dann entführte Dr. Lederer, der bekannte Berliner
Chronist, die Schüler nach Mit-Berlin und seinen Schenswürdig-
keiten. Ein Besuch der Varietevorstellung im Wintergarten beschloß
den fröhlichen Tag.

Raubmörder verhaftet.

Eine Gutsbesitzerin erschlagen und beraubt.

Vor einigen Tagen wurde die 55jährige Gutsbesitzerwitwe
Stöckel, abends zwischen 18 und 19 Uhr, im Wohnzimmer ihres
Anwesens in Helmsgrün bei Wera ermordet aufgefunden.
Frau St. war den Nachmittag über allein auf ihrem Gehöft
und die Leute waren sämtlich auf den Feldern mit der Ernte-
arbeit beschäftigt. Als ein Landarbeiter heimkehrte, fand er seine
Arbeitgeberin mit eingeschlagenem Schädel in
einem Schuppen, unter Stroh versteckt, vor. Nicht bei
der Leiche lag ein großer Hammer, mit dem die tödlichen Schläge
geführt worden waren. Der Arbeiter alarmierte sofort die Gen-
darmerie, die alsbald mit mehreren Beamten am Tatort erschien.
Die Untersuchung ergab, daß die Wohnräume durch-
sucht worden waren, und daß der Täter 150 Mark in Hartgeld
erbeutet hatte. Des Nordes dringend verdächtig war ein
früherer Knecht der Gutsbesitzerin. Auf seine Ergreifung
war eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt worden.
Durch Polizeieinsatz waren alle zuständigen Behörden be-
nachrichtigt worden, und gestern nachmittag ist es auf Grund der
gegebenen Personalbeschreibung gelungen, den Täter, einen
Schlesier, Max Schifferl aus Bagnern, zu verhaften. Er
wurde in Greiz im Vogtland, dicht bei Plauen, von der Polizei
ermittelt und festgenommen. Man jagte ihm die Tat auf den
Kopf zu und er legte sogleich ein Geständnis ab. Der Mörder
wurde in das dortige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Wie verschwand der Hüttendirektor?

Eine verdächtige Lebensversicherung.

Wie wir berichteten, wird seit dem 16. August der che-
malige Hüttendirektor Wilhelm Bögel aus Essen vermißt.
Der Fall scheint eine interessante Wendung zu nehmen.
Sonderbar muket an, daß Bögel erst in den letzten Monaten
sich selbst für 600 000 Mark versichern ließ, wovon 50 000 Mark
auf Lebensversicherung abgeschlossen waren. Weiter gibt
zu Bedenken Anlaß, daß bei vorgefundenen Papieren Bögels sich
nicht der Reisepaß befindet, den Bögel bestimmt vorher im
Besitz gehabt hat, und der mit dem Visum von Holland ver-
sehen war.
Die Vernehmung der beiden Herren, mit denen Bögel wegen
der Neugründung eines Unternehmens verhandelt hat, ergab, daß
Bögel von einem französischen Kaufmann Lecomte sprach, der
die ganzen Geschäfte finanzieren werde. Die beiden Herren haben
jedoch diesen Finanzier niemals zu Gesicht bekommen.
Ein Spaziergänger fand am Kölner Rheinufer verschiedene
auf den Namen Bögel lautende Papiere. Die Nachforschungen
der Polizei haben zu keinem endgültigen Ergebnis geführt.
Bögel, der am 13. und 14. August mit zwei Herren in Köln Zu-
sammenkünfte gehabt hatte, ist zuletzt am 14. August um Mitternacht
in einem Kölner Restaurant gesehen worden. Bögel war ohne
Begleitung.

Der Wächter vor dem Untersuchungsrichter.

Seine Kleidung wird chemisch untersucht.

Gestern nachmittag ist der Wächter Sch., der unter dem
dringenden Verdacht des Mordes an der erschlagenen
Hilde Jepernik steht, dem Untersuchungsrichter vor-
geführt worden.
Nach dem jetzt ziemlich abgeschlossenen polizeilichen Unter-
suchungsergebnis sind alle Voraussetzungen wegen dringenden
Tatverdachts gegeben, die eine Vernehmung durch den
Untersuchungsrichter und den darauf zu erwartenden Haftbefehl
rechtfertigen.
Die Kleidung des Wächters, die er am Mordtage trug, ist
inzwischen sichergestellt und dem chemischen Laboratorium
der Staatlichen Rohrwasseruntersuchungsanstalt zur mikro-
skopischen Untersuchung über das Vorhandensein von
etwas Blutspuren usw. übergeben worden. — Der Wächter selbst
bestreitet immer wieder seine Schuld.
Auch die eingehende Vernehmung durch den Untersu-
chungsrichter hat den mysteriösen Mordfall nicht weiter klären können.
Der Wächter blieb dabei, daß er mit der Mordtat nicht das ge-
ringste zu tun habe. Man wird die mikroskopische Unter-
suchung der Kleidungsstücke des Wächters abwarten
müssen, um auf Grund dieses Ergebnisses weitere Maßnahmen zu
ergreifen.



Berlin als Weltstadt

Anregung und Kritik

Skandal mit der Hundesteuer.

Man schreibt aus Leserkreisen: Daß man im Allgemeinen für
einen Hund Steuern zahlen muß, dürfte bekannt sein. Daß die
Steuerbehörde für einen Hund aber gegebenenfalls für ein
Quartal mehrmals Steuern einzulösen kann, wird
den wenigsten bekannt sein. Folgende Erfahrung eines Hund-
besitzers dürfte die Dessenlichkeit, vor allem aber alle Hundebesitzer
interessieren. Bei einem mir verwandten Geschäftsinhaber, der ein
Lebensmittelgeschäft besitzt, wurde eingebrochen. Um sich vor
eventueller Wiederholung des unwilligen Besuches zu schützen,
erwarb er sich einen Hund und bezahlte die Hundesteuer, wie
üblich, für ein Quartal im Voraus. Nach einiger Zeit war er ge-
zwungen den Hund zu verkaufen und hatte, wie immer, für das
letzte Vierteljahr die Steuer im Voraus entrichtet. Er wandte sich
an die Steuerbehörde und bat um Rückerstattung der Steuer für
die zwei im Voraus bezahlten Monate. „Einmal gezahlte Hunde-
steuern werden nicht zurückerstattet.“ lautet die Aus-
kunft des Beamten. Auf die Frage des Geschäftsinhabers, ob die
Steuern für die voraus gezahlten zwei Monate dem neuen Besitzer
angerechnet werden, bekommt er die Auskunft, daß der neue Be-
sitzer vom Tage des Erwerbs an Steuern zu zahlen hat. Da die
Steuern für ein Vierteljahr 15 M. betragen, verdient die Stadt in
diesem Fall 10 M. anscheinend unberechtigterweise. Nun kann es
aber vorkommen, daß der Hund innerhalb eines Quartals mehr-
mals verkauft wird. Durch dieses System fühlen sich natürlich
Käufer und Verkäufer eines Hundes von der Stadt überfordert.
Eine Änderung dieses seltsamen Steuersystems wäre im Interesse
der Allgemeinheit dringend erwünscht.

Die leere Puppenfabrik.

Die Reichsbahn sorgt von Zeit zu Zeit durch Sander-
züge, daß der Berliner kein „Weetend“ an der Ostsee, im Riesen-
gebirge, in der Sächsischen Schweiz, ja auch an der Nordsee be-
gehen kann. Freilich wird für die wiederholte Ausnutzung dieser
billigen Züge das Fortemmonale der Mehrzahl der Weltstadt-
bewohner nicht genügend gefüllt sein — aber einmal im Sommer
die Sehnsucht nach der See, dem Meere, oder nach Bergen, die
höher sind als die Müggelberge, zu befriedigen, ist doch einer
größeren Schar möglich. Einer schönen und leicht erreichbaren
Vandtschaft ist bisher die Begünstigung durch die Reichsbahn ver-
gessen: es ist Thüringen, jenes Kulturland, das mit dem
preussischen Sachsen von der Elbe an, wie an einer Schnur auf-
gehängt, uns dem Namen nach sehr vertraute Städte wie Halle,
Merseburg, Weimar, Erfurt, Gotha, Eisenach darbietet. 300 Kilo-
meter von Berlin entfernt, für den rasenden D-Zug eine Kleinig-
keit, für den Nachtsonderzug mit den aufreißerten ehemaligen
Wagen 4. Klasse gerade die richtige Entfernung. Und nicht nur
diese Städte, die reich an Bauten, aber auch wertvoll sind durch
politische und künstlerische Vergangenheit und kommerzielle Gegen-
wart, können den Gesichtskreis des Besuchers erweitern, sondern
das Bergland Thüringens kann — im Eiltempo freilich — ge-
nommen werden, dank den Autobussen, staatlichen wie privaten
Kraftwagen. Sie schrauben sich auf die höchsten Kuppen empor
und die im privaten Dienst wechselnden Preise sind zuweilen nicht
erheblich, was bei richtiger Organisation ebenfalls zu erzielen sein
dürfte. Es besteht aber noch ein besonderer Grund für die An-
regung, Berlin mit Thüringen enger zu verknüpfen. Die öko-
nomische Situation der vereinigten Smerzeiche ist nicht glänzend,
die Industrie zum Teil lahmgelegt, so namentlich in der Puppen-,
Spielwaren- und Korbwarenbranche. Welches Mädchen spielt heute
noch mit Puppen? Der Wald, dessen Tannen, Fichten und Kiefern,
20—30 Meter hoch und anders gerundet als unsere dünnen Hölzer,
ums mit ehrfürchtigen Stämmen erfüllen, gehört den ehemaligen
Landesadlern — die Bergorte haben wenig oder gar keinen Wald-
besitz. Der Fremdenverkehr geht seine launischen Wege:
der Wohlhabende durchfährt im Auto das Land und legt die
Luxus-Lustkurorte nicht in Nahrung, und für die Masse der Nicht-
reichen sind die kleinen Ortschaften noch nicht recht eingerichtet.
Wie kann eine Familie sich wohlfühlen, wenn der Bezug von
Milch, Obst, ja Gehäck von Zufällen abhängt. Diese Umstellung
auf eine vernünftige Ferienpreispolitik würde durch Massenbesuch
von der Weltstadt aus erleichtert werden; mancher wird, gleich
entzückt von der Natur, wie von der Kultur, gern zu längerem
Aufenthalt wiederverkehren. Wochenend- und Ferienprobleme hängen
eng miteinander zusammen und Berlin hat nun einmal die Macht,
daraus auch die Pflicht, auf diesem Gebiete bahnbrechend vorzu-

gehen. Sonderbar berührt es den Berliner, die Puppenfabriken
leer stehen zu sehen. Wieviele Berliner Kinder könnten hier in
heilkräftiger Natur untergebracht werden!

Idyll auf der Pfaueninsel.

Man schreibt uns:
Sonntags mittags zwischen 12 und 13 Uhr! Brütende Hitze über
dem Wasser! Der knurrende Regen veranlaßt mich, mit meinem
Paddelboot ruhend eine schattige Bucht aufzusuchen. Ich lande
am Südufer der Pfaueninsel. Eine halbe Stunde bereits
habe ich mich der idyllischen Ruhe erfreut und verwundert das
quirrende Treiben an der anderen Seite des Hadelufers betrachtet.
Auf der Pfaueninsel selbst — kaum eine lebende Seele. Friedlich
schmurt bei den einzigen Menschen, die außer mir hier lagern, das
Essen in der Pfanne. Auf einmal nahe freundlich und freude-
strahlend auf seinem Rade der Vertreter der hohen Obrigkeit
heran. Der gedrehte Schnurrbart, die grüne Uniform — beides
läßt mich Schreckliches ahnen. Und richtig: „Die Pfaueninsel ist
Natur- und Jagdgebiet, das Anlegen von Booten ist hier ver-
boten und wird bestraft. Darf ich um Ihren Namen bitten?“ Ich
weise darauf hin, daß kein Schild hier vor verbotenen Handlungen
warnt. „Ja, das ist abgebrochen worden! Sie sind übrigens schon
der 52. (Zweiundfünfzigste), den ich heute notiere.“ —
Und er strahlt über das ganze Gesicht ob seiner Tüchtigkeit. Miß-
mühtig rapple ich mich auf und „stecke in See“. Meinen Nachbars-
leuten hat die „Obrigkeit“ wenigstens gestattet, das Mitgabrot im
verbotenen Gebiet zu Ende zu fuchen. Solange wartet sie geduldig
ab, dann schwingt sie sich mit Feuereifer aufs neue in die Arbeit.
Wieviel ahnungslose Ruhesuchende mag er wohl notiert haben, der
gute Wachmeister von der Pfaueninsel, am Sonntag, dem
18. August 1920? Hoffentlich reicht das Ergebnis der Razzia dieses
Tages zur Anschaffung der Verbottafeln aus. Oder ...
sollte man in irgendeiner Behörde keinen Wert auf Abschaffung
dieser, anscheinend ergebnislosen Einnahmequelle legen?

Kleinigkeiten.

Hat da im Norden ein Bauherr den guten Gedanken gehabt,
den alten stufbeladenen 4-Etagen-Häusern ein modernes,
einfach gegliedertes, aber durch Verschiedenheit in der Färbung, teils
grau, teils gelb, zu einer gewissen Monumentalität emporgehobenes
Haus aufzuführen, das als Eckhaus zwei Straßenfronten beherrscht.
Daher zwei Eingangsportale, die in rötlichen Ziegelfeinen mit weiß
verputzten Zwischenräumen etwas Warmes haben und an traute alte
holländische Bauten erinnern. Sie beleben die beiden
Fassaden aufs glücklichste. Doch siehe da: auf der einen Tür-
umrahmung sind zwei massive schwarzweiße Schilde angebracht:
für jeden feineren Geschmack ist die Stimmung brutal zer-
schlagend. Wäre es nicht möglich gewesen, den Schildern neben
der Tür Plätze anzuweisen und sie in Form und Ton mit dem
ganzen Baucharakter in Uebereinstimmung zu bringen, wobei die
Forderung guter Beschaffenheit sicher erfüllt werden kann?
Kleinigkeiten — wird der und jener denken, aber aus solchen
Kleinigkeiten legt sich das Straßendild schließlich zusammen. Der
Architekt des Ganzen ist sicher bei diesem Detail nicht zu
Rate gezogen worden.

So'n bisken Französisch

... is wunderschön — aber wenn es an falscher Stelle steht und
außerdem noch unrichtig geschrieben ist —, dann jagt sich der Gast
aus Frankreich oder England: hier ist eine unnatürliche Entente
geschaffen, die Berlin als Weltstadt nicht zur Ehre gereicht. Es
war zwar nur in einem Bierrestaurant, aber es wird dort ein Bier
verschänkt (bitte nicht zu drucken; verschänkt — der Liter kostet
1,20 M.) — also in jenem Lokal liegt eine Speisefarte auf, die
herrlichste Delikatessen aufweist — nicht gerade Selteneheiten, aber
die landesüblichen Speisen in einer Aufmachung, die der feinsten
Hotelfüche Ehre machen würde. Wir wählten Hammeltrippchen mit
Strohkartoffeln — aber natürlich stand es nicht so nahe dem deutsch
dort verzeichnet, sondern es trug den stolzen Namen mouton-chop,
das heißt gemeint war wohl das allen Englandfahrern bekannte
mutton-chop, von mutton: Hammelfleisch. Aber der Oberste der
Ober, der für die Speisefarte verantwortlich ist, hatte wohl auch von
mouton, französisch Hammel, gehört, und so schuf er das Wort
mouton. Bei anderen Gaststätten mögen ähnliche aus Unkenntnis
und Verlangen nach — Feinheit geborene fehlerhafte Bezeichnungen
sich vorfinden — sicher nicht zum Vortheile des Rufes von „Berlin
als Weltstadt“.

Drei unbekannte Tote.

Auf den Gleisen der Straßenbahn wurde gestern gegen 22 Uhr
vor dem Hause Müllerstr. 51, etwa 20 Meter von der Halte-
stelle entfernt, ein unbekannter Mann bewußtlos auf-
gefunden: er wurde nach dem Paul-Gerhard-Siift gebracht. Er
starb, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, an den Folgen
eines Schädelbruches. Es scheint, daß der Unbekannte von
einem Straßenbahnzug während der Fahrt ab-
gesprungen ist und sich dabei die tödlichen Verletzungen zu-
gezogen hat. Der Tote, der nach dem Schauhaus gebracht wurde,
ist etwa 35—40 Jahre alt und trug dunkles Jackett und eine
gestreifte Hose. — In einem von Potsdam nach Erkner fahrenden
Stadtbahnzug erschloß sich kurz vor 3 Uhr nachts unweit
des Bahnhofs Charlottenburg ein unbekannter junger
Mann mit einem Leisching. Seine Leiche wurde dem Char-
lottenburger Schauhause zugeführt. Der Selbstmörder ist etwa
20—25 Jahre alt. — Kurz vor 3 Uhr morgens fanden Passanten
vor dem Hause Bayreuther Str. 41 eine Frau auf, die
anscheinend von Krämpfen befallen war. Ehe noch ein Arzt
helfen konnte, war sie bereits verstorben. Es wurde festgestellt,
daß sie wahrscheinlich Gift genommen hat. Die Frau ist etwa
25—30 Jahre alt, ist nur 1,60 Meter groß und hat langes dunkel-
blondes Haar.

Was die Berolina für Sorgen macht. Da die Wiederherstellung
der Berolina an der in Aussicht genommenen Stelle im Plänterwald
an der Oberspreewähe einschließlich der Herrichtung des Platzes und der
umgebenden Anlagen fünfzig bis hunderttausend Mark
kosten verursachen würde, so beschloß der Magistrat, die Frage
der Wiederherstellung vorläufig zu vertagen. Es soll noch ein-
mal nachgeprüft werden, ob sich die Kosten vermindern lassen.

Hochwasserkatastrophe in Persien.

5000 Häuser zerstört, 100 Menschen tot.

Teheran, 21. August.

Durch Hochwasser wurden in Teheran 5000
Häuser zerstört, 100 Personen sollen ums Leben
gekommen sein.

Durch Blitzschlag getötet.

Bei dem Versuch, den Montblanc zu besteigen, wurden
zwei französische und ein Schweizer Alpinist vom Unwetter
überrastet. Ein Blitzschlag tötete den Schweizer, während die
beiden Franzosen längere Zeit bewußtlos lagen. Die Leiche des
Schweizers konnte noch nicht gefunden werden.
Eine zweite Gruppe Alpinisten, die kurze Zeit später die beiden
Franzosen einholte, berichtete, einer der Ihren sei ebenfalls vom
Blitz getroffen worden und einen 35 Meter tiefen Abgrund
abgestürzt. Er habe schwere Verletzungen am Kopfe davon-
getragen.

Die Schweizer Ozeanflieger vermißt.

New York, 21. August.

Von den Schweizer Ozeanfliegern Käser und Lischer, die
bereits gestern in Neufundland hätten eintreffen müssen, liegt
seit 26 Stunden keine Nachricht mehr vor. Da die Wetter-
bedingungen, abgesehen von einem Gebiet Nördlich des Meeres
von Halifax, als günstig bezeichnet werden müssen, beginnt man, sich über
das Schicksal der Piloten Sorge zu machen.

USA. in Sowjet-Rußland.

Wachsender Einfluß / Macht auf die amerikanische Studentkommission.

Seit einigen Wochen bereist eine aus 87 Mitgliedern bestehende Studienkommission das weite Gebiet der Sowjetunion: es sind amerikanische Industrielle, Bankvertreter und Handelsleute, begleitet von den Vertretern der unentbehrlichen großen Presse. Es sind teilweise weltbekannte Firmen, deren Vertreter sich an dieser Reise beteiligen. Von amerikanischen Großbanken finden wir z. B. die Chase National Bank und die Equitable Trust Co., von elektrotechnischen Konzernen die International General Electric Co. und die Westinghouse Electric and Manufacturing Co., ferner finden wir die Gillette-Rasierlingengesellschaft, die Schreibmaschinenfirma Remington und eine große Zahl Stahlgesellschaften, Baumwollfirmen, Gummi- und Grundstoffgesellschaften, Baufirmen, Elektrizitätswerke usw.

In Deutschland hat diese Reise bisher nur geringes Interesse gefunden, vielleicht deswegen, weil man nicht glauben will, daß sich Rußland noch stärker als bisher auf Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten einstellen könnte, vielleicht auch weil es in den letzten Jahren schon zahlreiche amerikanische, englische, französische, italienische und sonstige Studienreisen nach der Sowjetunion gegeben hat. Aber dem ist gegenüberzuhalten, daß erstens noch niemals eine so umfassende Zahl führender Firmen bei solchen Studienreisen vertreten gewesen ist, zweitens, daß ganz offenbar die Russen gerade gegenwärtig ganz bestimmte Pläne hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Kapital verfolgen: man will das amerikanische Industrie- und Bankkapital postum

an dem bekannten Fünf-Jahre-Plan interessieren.

Abgesehen davon ist aber schon die bisherige Entwicklung der amerikanisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen interessant genug, zumal wenn man sich vor Augen hält, daß auch heute Sowjetrußland, im zwölften Jahr seiner Existenz, noch immer nicht von den Vereinigten Staaten offiziell anerkannt ist, daß keine direkten politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern existieren. Das wichtigste Hemmnis für die Amerikaner bildet die Frage der Anerkennung der Schulden des zaristischen Reiches gegenüber den Amerikanern. Es handelt sich zwar um eine verhältnismäßig nicht sehr erhebliche Summe (rund 1 Milliarde Mark), doch wollen die Russen aus prinzipiellen Gründen gerade auf diesem Gebiet keine Zugeständnisse machen, da ja dann sofort auch die entsprechenden englischen, französischen, deutschen und belgischen Interessenten mit den gleichen Forderungen auf der Bildfläche erscheinen würden. Aber trotzdem haben sich die

amerikanisch-russischen Wirtschaftsverhältnisse

in einem überraschend großen Umfang entwickelt. Während insgesamt der Außenhandel der Sowjetunion den Vorkriegsstand noch nicht erreicht hat, hat der amerikanisch-russische Warenaustausch den Vorkriegsstand schon seit einiger Zeit ganz erheblich überschritten. Vor dem Kriege betrug dieser Warenaustausch in beiden Richtungen zusammen noch nicht ganz 100 Millionen Rubel, während es im Jahre 1927/28 bereits mehr als 200 Millionen Rubel waren. Allerdings ist der russische Export nach Amerika gering, dagegen zeigt die russische Einfuhr aus Amerika ganz bedeutende Ziffern. Fast 97 Prozent der nach Rußland eingeführten Baumwolle stammt aus den Vereinigten Staaten. Rund 50 Prozent des in der Sowjetunion verbrauchten Kupfers kommt aus Amerika. Die Vereinigten Staaten sind an der russischen Einfuhr von Maschinen und Apparaten mit etwa 15 Prozent, von landwirtschaftlichen Maschinen mit über 60 Prozent beteiligt. In erster Linie ist durch diesen wachsenden amerikanische Export nach Rußland Deutschland benachteiligt, in weiter zweiter England. Man kann feststellen, wie die

Amerikaner anderen Nationen gegenüber systematisch bevorzugt

werden. Klandow, der Vorsitzende des Hauptkonzeptionsausschusses der Sowjetunion, Scheinmann, der Präsident der

Russischen Staatsbank, Bobow, der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrats, haben mehrfach in Reden und Interviews betont, Rußland wüßte eine engere Zusammenarbeit vor allem mit den Vereinigten Staaten, das wachsende amerikanische Interesse für russische Konzessionen sei erfreulich, die amerikanischen Arbeits- und Produktionsmethoden seien die für Sowjetrußland am meisten geeigneten. Der Hauptpunkt für den Russen ist jedoch die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, Kredite in jedem Umfang zu gewähren.

Werfen wir einen Blick auf die seither zwischen amerikanischen Firmen und Sowjetrußland abgeschlossenen Verträge, so sind die Lieferungsverträge zwischen den amerikanischen Ölgesellschaften Standard Oil Co. of New York und Vacuum Oil Co. wohl die wichtigsten. Diese Vertragsabfälle liegen rund zwei Jahre zurück. Im vergangenen Jahr erfolgte der Abschluß eines Vertrages über Patenttausch und technische Hilfeleistung zwischen der amerikanischen General Electric Co. und dem russischen Elektrotrust OEL. Die Ford Motor Co. schloß vor kurzem einen Vertrag mit der Sowjetregierung ab, der mit dem russischen Plan, bei Nischni Nowgorod eine eigene große Automobilfabrik zu errichten, eng zusammenhängt. Ford liefert in den ersten beiden Jahren sämtliche Automobilteile nach Rußland, im dritten Jahr 50 Proz. und im vierten Jahr 25 Proz. Der Gesamtwert dieser Lieferungen beläuft sich auf rund 30 Millionen Dollar. Weit mehr als ein Duzend andere wichtige amerikanische Firmen haben gleichfalls Verträge abgeschlossen, seien es Lieferungs- und Kreditverträge, seien es Verträge über technische Hilfeleistung. Die Zahl der von Amerikanern abgeschlossenen Konzessionsverträge ist augenblicklich noch gering: von den 68 Konzessionsverträgen, die am 1. Februar dieses Jahres in Kraft waren, waren nur 8 amerikanische. Möglicherweise hat die finanziell für Rußland sehr vorteilhafte Liquidierung der belarussischen Manganerzkonzeption B. A. Harrimans in Tschajuri (Georgien) dazu beigetragen, das amerikanische Interesse für Kapitalanlagen in der Sowjetunion abflauen zu lassen.

Eine sehr wichtige Rolle in der Ausgestaltung der russisch-amerikanischen Beziehungen spielt neben der in Amerika tätigen russischen Handelsorganisation (Amstorg Trading Co.) die 1926 neu organisierte Amerikanisch-Russische Handelskammer in New York. Unter den Finanzgruppen, die diese Beziehungen bisher in vielfacher Weise gefördert haben, steht die Chase National Bank an erster Stelle. Präsident der Amerikanisch-Russischen Handelskammer ist Reese Schley, eine führende Persönlichkeit dieser Bank.

Für Amerika bedeutet die weitere Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland das verstärkte Festsetzen in einem Gebiet, das bisher vom Industriekapital der europäischen Länder als eine ihm sichere Domäne betrachtet wurde. Die Mitwirkung an der Industrialisierung und Elektrifizierung der Sowjetunion verspricht den Amerikanern verlockende Gewinne.

Für Rußland selbst bedeutet dies verstärkte Eindringen amerikanischer Kapitals die Einräumung einiger monopolähnlicher Positionen an Privatunternehmer, d. h. wahrscheinlich eine noch weitere Abkehr zum privatkapitalistischen System; es begünstigt außerdem die weitere Einordnung Rußlands in die kapitalistische Weltwirtschaft. Andererseits beschleunigt es natürlich den Industrienaufbau und soll eine Vorbereitung dafür sein, daß auch politisch das amerikanisch-russische Verhältnis bereinigt wird: Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Für die übrigen Industrieländer bedeutet natürlich diese Entwicklung eine allmähliche Herausdrängung aus dem Rußlandgebiet.

Wenn auch nicht zu erwarten ist, daß die jetzige amerikanische Studienreise sofort einschneidende Vertragsabfälle mit sich bringt, so ist sie doch der Zeuge einer weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Verschiebung von allergrößter Bedeutung, die auch in Deutschland mehr beachtet werden sollte.

es sich nicht, daß für die mittelständlichen Genossenschaften Badens größere Schwierigkeiten eintreten werden; die Kreditgarantien, die bisher vom Frankfurter Konzern gegeben waren, werden von anderer Seite gestellt.

Der die Verluste tragen wird, ist immer noch offen. Die mit gefährdeten Krediten beteiligten Banken haben schon bald nach Bekanntwerden der Verluste den Reichsverband für Privatversicherungen dazu aufgefordert, eine Garantie im Betrage von 20 Millionen Mark zu übernehmen. Nachdem der Reichsverband dieses Anstimm abgelehnt hat, weil die Verluste nicht im Versicherungsgeschäft entstanden seien, haben sich die Banken an den Allianz-Konzern gewandt, der freilich noch weniger Lust zu zeigen wird, die geforderte Garantie auf sich zu nehmen. So werden die beteiligten Banken wohl oder übel für einen großen Teil der im Feuer stehenden Kredite in den sauren Apfel beißen müssen, womit ihnen freilich recht geschieht, nachdem die Bankvertreter im Aufsichtsrat bei der Kontrolle der Konzerngeschäfte vollständig versagt haben.

Der Arbeitsmarkt im Reich.

Reichsanstalt meldet leichte Verschlechterung.

Der Arbeitsmarkt war für die Woche vom 12. bis 17. August nach dem Bericht der Reichsanstalt wieder von den gegenläufigen Bewegungen des Auf- und Abstiegs beherrscht; es scheint, als ob zum erstenmal die ungünstigen Einflüsse schwach überwiegen. Im einzelnen war die Richtung sehr uneinheitlich. In Brandenburg trat noch eine spürbare Entlastung ein; auch in Ostpreußen und Pommern ging die Arbeitslosigkeit nach weiter zurück. Sonst aber meldet die Mehrzahl der Landesarbeitsämter eine rückläufige Bewegung. In Sachsen drückt vor allem die ungünstige Lage in der Metallindustrie und im Spinnstoffgewerbe auf den Markt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger wird für Mitte August auf etwa 714 000 (Ende Juli 710 000) geschätzt.

Neue Macht für Ivar Kreuger.

Ein Holzkonzern für den Schwedentrust.

Der schwedische Säbholzdücker Ivar Kreuger hat seinen machtvollen Konzern jetzt auch sehr umfangreiche Holz- und Zelluloseinteressen angegliedert. In Gemeinschaft mit der Söndra-Handelsbank werden durch eine Dachgesellschaft, die der Alltjingskaupstadten Kreuger u. Kroll untersteht kein wird, zehn nordländische Holzgesellschaften zusammengelöst werden, deren Aktienmehrheit für 50 Millionen schwedische Kronen vom Kreuger-Trust erworben worden ist. Der neue Holzwarenkonzern soll 450 000 Tonnen Gesamtproduktion an Zellulose- und Holzmasse und zirka 150 000 Tonnen Holzwaren mit einem gesamten Exportwert von 110 Millionen schwedischen Kronen kontrollieren. In einer Hand wird also ein sehr großes Angebot auf dem Weltmarkt jetzt bestehen, das für die Stabilisierung der Preise, freilich nach Möglichkeit nach oben, sich ebenso auswirken kann wie eine kartellmäßige Organisation.

Der Kampf um den USA-Zolltarif.

Der Kampf um den amerikanischen Zolltarif wird in Washington zwischen der republikanischen und der demokratischen Partei noch sehr scharf weitergeführt. Der demokratischen Partei wird von ihren Gegnern vorgeworfen, daß ihre Anträge auf Zollherabsetzungen wesentlich aus agitatorischen Gründen gestellt seien. Immerhin scheint das Finanzkomitee des Senats sehr große Änderungen in dem Entwurf des Repräsentantenhauses, der den Entzifferungssturm in Europa hervorgerufen hat, vorgenommen zu haben; jedoch läßt sich noch immer nicht die Tragweite dieser Änderungen übersehen. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf schlägt die republikanische Mehrheit des Finanzkomitees im Senat 430 Änderungen vor, und zwar 177 Erhöhungen und 253 Herabsetzungen. 13 Prozent der Erhöhungen kommen allein auf landwirtschaftliche Produkte, für Robbeisen soll der Zoll auf 1,50 Dollar und für Spiegeleisen auf 1 Dollar pro Tonne erhöht werden. Jedenfalls wird man von der herrschenden Partei, von der im Senat alles abhängt, bei ihrer hochschulzöllnerischen Einstellung nicht allzuviel für die Milderung des Zolltarifentwurfes zu erwarten haben.

Glückliches Frankreich — es kennt keine Arbeitslosigkeit. Frankreich ist ein glückliches Land, das von den Sorgen und Kosten der Arbeitslosigkeit so gut wie gänzlich verschont geblieben ist. Nach einer jetzt bekannt gegebenen Statistik umfaßt die gesamte Arbeitslosigkeit im Lande nicht mehr als 419 Personen, davon 288 Männer und 131 Frauen. Dabei ist der Bedarf an Arbeitskräften in Frankreich so groß, daß der Zugang ausländischer Arbeiter im gleichen Maße wie in den letzten Jahren anhält. Allein in der ersten Augustwoche sind fast 8000 ausländische Arbeiter neu in Frankreich eingewandert und haben sofort Beschäftigung gefunden, während nur 850 ausländische Arbeiter Frankreich in der gleichen Zeit verlassen haben.

Das deutsche Bernsteinmonopol wird demnach in der Hand der Preussischen Bernsteinmanufaktur, einer Unternehmung der preussischen Staaten, liegen. In den letzten Jahren sind nacheinander fünf größere Firmen dieser keineswegs sehr rentablen Industrie vom preussischen Staat erworben worden und jetzt ist die letzte der selbständigen Firmen, die Bernsteinfabrik Barentz u. Co. in Stolp, gefolgt. Der Stolper Betrieb soll stillgelegt werden, die geleerten Leute der Belegschaft werden in die übrigen Betriebe übernommen.

Stollwerk kauft wieder 9 Prozent Dividende. Die Schokoladenfabrik Gebr. Stollwerk A.-G. in Köln hat wieder ein sehr gutes Geschäftsjahr hinter sich. Brachte schon das Vorjahr eine bedeutende Ausdehnung des Absatzes, so hat sich der Umsatz im Geschäftsjahr 1928/29 noch erheblich günstiger entwickelt. Sämtliche Abteilungen des Kölner Wertes waren das ganze Jahr über voll beschäftigt und teilweise mußten zur Auftrags erledigung sogar die Berliner Betriebe einbringen. Die Dividende wird wie im Vorjahr auf 9 Prozent festgelegt.

Filmateliers auf Reparationskonto. Die französische Filmindustrie verhandelt mit deutschen Firmen über die Errichtung großer Filmateliers in Südrussland, die auf Reparationskonto errichtet werden sollen. Die Berliner Baufirma Emil Heinicke A.-G. soll die Bauten ausführen. Auch Tonfilmateliers sollen eingerichtet werden. Der Wert des Auftrages soll 30 Millionen betragen, eine fast unwahrscheinlich hohe Summe.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat wird am 18. und 19. September in der Stadthalle zu Münster in Westfalen seine 59. Hauptversammlung abhalten. Präsident Dr. Brandes wird über das Rehabilitationsprogramm der deutschen Landwirtschaft, Dr. Salpaffen-Berlin über Young-Plan und Agrarpolitik, Dr. Rünzinger über Agrarfrage und Kleinbauernfrage, Graf von Baudissin über Landwirtschaft und Reform der Arbeitslosenversicherung, Deconomierat Keiler über das Reichsmilchgesetz, und Professor Gerland über die westfälische Landwirtschaft sprechen.

Wachsender Außenhandel.

Im Juli 130 Millionen Einfuhrüberschuß.

Der deutsche Außenhandel im Juli hat die rückläufige Bewegung der beiden letzten Monate nicht fortgesetzt. Es ist im Gegenteil eine nicht unbedeutende Steigerung der Umsätze, in der Einfuhr von 1078 auf 1230 Millionen Mark und in der Ausfuhr von 1016 auf 1031 Millionen Mark zu verzeichnen. Das starke Anwachsen der Einfuhrziffern ist allerdings weniger auf Konjunkturfaktoren zurückzuführen; denn ihre Steigerung beruht hauptsächlich auf Zollabrechnungen im Niederlageverkehr, die jetzt erst in der Außenhandelsstatistik erscheinen, während die Waren selbst schon vor Monaten in den freien Verkehr gekommen sind. Die besonders auffällige Steigerung der Getreideeinfuhr ist gleichfalls nicht konjunkturmäßig bedingt, sondern hängt mit Deckungsläufen vor dem Inkrafttreten der neuen Getreidezölle zusammen.

Der deutsche Außenhandel im Juli zeigt einschließlich der Sachlieferungen und Reparationskonto folgendes Bild:

Warengruppen	Einfuhr 1929		Ausfuhr 1929	
	Juli	Juli	Juli	Juli
	in 1000 RM. nach Gegenwärtswerten			
1. Lebende Tiere	12 598	1 492		
2. Lebensmittel und Getränke	407 033	44 571		
3. Rohstoffe u. halbfert. Waren	613 314	243 983		
4. Fertige Waren	197 065	810 129		
Reiner Warenverkehr	1 230 010	1 100 122		
davon Reparations-				
Sachlieferungen		68 958		
5. Gold und Silber	203 222	4 007		
Zusammen	1 433 232	1 104 129		

Die im Vormonat fast ausgeglichenen Einfuhr- und Ausfuhrzahlen haben sich also im Berichtsmonte nicht unerheblich verschoben. Der Einfuhrüberschuß beträgt 130 Millionen und ohne Einrechnung der Reparations Sachlieferungen sogar fast 200 Millionen Mark. Dabei hat sich die Ausfuhr zu gleicher Zeit um 21 Millionen Mark erhöht — die Mehrausfuhr an Fertigwaren beträgt allein 23 Millionen Mark und hat ihren bisher schon erfreulich hohen Stand noch verbessert.

Der Gesamtumsatz des deutschen Außenhandels ist gegenüber den beiden letzten Jahren weiter gewachsen. Während im Monatsdurchschnitt 1927 der Außenhandelsumsatz 2,08 Milliarden betrug, im Jahre 1928 Johann auf 2,19 Milliarden stieg, hat sich der Gesamtumsatz von Januar bis Juli 1929 auf 2,24 Milliarden Mark im Monatsdurchschnitt gesteigert.

In der Einfuhr ist der monatliche Durchschnitt mit 1,15 Bil-

liarden gegenüber 1,17 und 1,18 Milliarden in den beiden letzten Jahren etwas zurückgegangen. Dagegen übertrifft die Ausfuhr mit durchschnittlich 1,09 Milliarden monatlich die Ergebnisse von 1928 um 6,5 Proz. und die des Vorjahres sogar um rund 21 Proz. Besonders erfreulich ist die Entwicklung des wichtigsten Aktionspostens der deutschen Ausfuhr, des Fertigwareneexports. Dieser übertrifft wieder im Monatsdurchschnitt mit 788,6 Millionen die Ergebnisse des Vorjahres, die schon als sehr günstig anzusprechen waren, noch um fast 9 Proz. und die Ergebnisse von 1927 sogar um 22 Proz.

Beruhigung über Frankfurt.

Die Herrschaft der Allianz. — Wer trägt die Verluste?

Nachdem am Dienstag die beiden wichtigsten Entscheidungen zur Rettung des Frankfurter Versicherungskonzerns, die Annahme des Garantieangebots der Allianz und die Bildung der beiden Bankkonfessionen gefallen sind, ist inzwischen eine Beruhigung über den Frankfurter Crash eingetreten. Die Allianz hat nach dem von ihr veröffentlichten Kommuniqué sämtliche direkten Versicherungsgeschäfte übernommen, und zwar aus der Feuer-, Wasserlebensversicherungen, Einbruchdiebstahl, Aufruhr, Glas-, Transport-, Kraftfahrzeug-, Unfall-, Haftpflicht- und Regenerversicherung. Dazu auf dem Gebiet der Kreditversicherungen die Bürgschaften für gestundete Zölle, Steuern, Frachten, Kaufgelder, Lieferungen- und Leistungsgarantien, Prozeß- und Holzkaufaktionen. Von der Garantie nicht erfaßt sind insbesondere die mit der Abschaffung direkter zusammenhängenden Geschäfte, Hypothekendarlehenversicherungen und Finanzgarantien. Das sogenannte Stillhaltetoratorium der Banken dürfte für einen Betrag von rund 70 Millionen Mark zunächst ein Moratorium gewähren müssen, bis beim Frankfurter Konzern ausreichende Zahlungen einlaufen. Dem Garantiekonfessionarium, das bekanntlich insbesondere für die 40 Millionen Mark Auslandsgeldschulden geschaffen werden mußte, gehört von den Großbanken allein die Dresdner Bank nicht an.

Damit sind die Voraussetzungen für eine ruhige Abwicklung der Geschäfte des Frankfurter Konzerns gegeben. Das gesamte Versicherungsgeschäft wird in eine neue Gesellschaft übergeführt: die „Neue“ Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.-G., mit einem Kapital von 5 Millionen Mark, die sehr bald gegründet sein wird. Das gesamte Kapital der neuen Gesellschaft wird in die Hände des Allianz-Konzerns kommen. Der gesamte Apparat des Frankfurter Konzerns wird damit seine Arbeit fortsetzen können. Für die Südwestdeutsche Bank A.-G. ist ein Vergleichsverfahren mit den Gläubigern beantragt worden. Erfreulicherweise bestätigt

Axel Arheus: Ein Maharadscha kommt

Vor kurzem also begab es sich, daß ein Regisseur, eine Film-
diva, ein Schauspieler und ein Operateur in Berlin ein Auto be-
stiegen, um nach München zwecks Aufnahme zu fahren, als im
letzten Augenblick der Direktor einer befreundeten Firma gelaufen
kam und den Regisseur bat, doch einen Koffer nach München mit-
zunehmen zu wollen. Das ging leicht, denn das Gepäck war bereits
einen Tag vorher mit dem Hilfsregisseur und anderen Darstellern
per Bahn vorausgeschickt.

Als wir nun kurz vor Leipzig sind, gibt es eine Panne. Zwei
Stunden Aufenthalt. In Leipzig wird festgestellt, daß die Ma-
schine immer noch nicht ganz intakt ist. Die Reparatur soll min-
destens drei Stunden dauern.

Was tun? Mit dem Zug weiterfahren? Da muß man auch
ein paar Stunden warten — und dann wozu? Also bleiben wir
über Nacht in Leipzig.

Es ist mittags 1 Uhr. Ein kleines Dejeuner zu Bierem im
Historia-Hotel, dann jeder in sein Zimmer. Was kann man auch
in Leipzig's besser machen?

Etwas um halb vier ertönt aus dem Nebenzimmer eine sit-
tende Stimme: „O, wie wohl ist mir am Abend... mir am
Abend, wenn...“

Ich kummere an die Wand.

„Ja? ...“

„Gutkind, du weißt, deine Großaufnahmen sind herrlich. Re-
e, ohne Spieß. Aber die Stimme... natürlich auch ganz wunder-
voll... bloß noch nicht so richtig ausgebildet. Und außerdem
möchte ich gern schlafen.“

„Bäh...“

Ich sehe ordentlich, wie sie die Junge taustreckt und ein Ge-
sicht schneidet.

Eine halbe Minute später tritt sie durch die leider unver-
schlossene Tür, angehen mit einem etwas sehr lustigen, heillosen
Bjama, — und schüttelt den Inhalt eines Glases über meine
ach so müden Augen.

„Mistvieh! ...“ — „Danke.“

Und sie läßt sich nieder auf dem Koffer, den der Herr Film-
direktor uns mitgegeben hat.

„Wenn ich nicht schlafen kann, mußt du auch nicht schlafen.
Das gehört sich so. Punktum!“

Darauf ich: „Bist!“

Nach einer Weile sagt sie: „Was ist in dem Koffer da drin?“

Sie öffnet die beiden Schließern, die nur eingeschlappt waren.
Sehen was drin ist, und den Inhalt auf den Boden kippen, sind
eins. Und dann umarmt sie mich wohl einige dutzendmal, knuddelt
mich ab und stößt zwischen durch hervor:

„Ich weiß was! Junge, ich weiß was!“

Abends so gegen dreieinhalb sieben durchschreitet würdig und
abgemessenen Schrittes die Halle des Hotels der Maharadscha Gu-
Narrao Dli-Raes aus dem hinteren Indien, weiß gemauert und
beturmt, gefolgt von seinen beiden indischen Dienern, devot ge-
grüßt vom Portier und beglückt vom Publikum. Er bestiegt einen
innen hell erleuchteten Wagen, und während der eine Diener
neben dem ebenfalls indisch betheiligten Chauffeur Platz nimmt
und der andere auf das Trittbrett springt, setzt sich das Auto in
Bewegung und fährt, ohne sich auch nur im geringsten zu beeilen,
durch die halbe Stadt, um vor dem Schauspielhaus zu halten.

Gemächlich schreitet Gu-Narrao Dli-Raes durch das Vestibül
die Treppe hinauf und läßt sich unbeweglichen Gesichts in einem
Eselstücker reservierten Rangloge fallen. Beide Diener, seines
Nufes gewärtig, hinter ihm, mit verchränkten Armen und eburner
Miene.

Und das Partett explodiert vor Reugier. Operngläser werden
auf die Loge gerichtet; ein allgemeines Raunen geht durch die
Reihen.

„Na nu, guke mol!“

„Boo d'n?“

„Na, da oben, du Zusaafsch, du lang'r du!“

„Gyal wech, 'n richt'ger Maharadscha!“

„Tjah... und die zwoe dahin'r, des sin sicher die Sklaven-
hälit'r.“

„Du freilich! Was d'n sonst?“

„Ree, nee — und de Ringe in de Ohren... un de Stab-
wädel uff'm Koppe!“

„Du niedertlich, des tragen se doch imm'r... de Eunuchen!“

Die Direktion ist in heller Aufregung, es gibt hinter der Bühne
kleine Kämpfe um das Guckloch im Vorhang. Die Salon dame
schaut den Betrachter beiseite, der jugendliche Held die komische
Mise.

Endlich — mit zehn Minuten Verspätung — hebt sich der
Vorhang, aber Publikum und Komödianten sind nicht bei der
Sache. Alle Sekunde gehen Blicke hinauf und verstaubene Ge-
bärden zu Gu-Narrao Dli-Raes, dem Manne mit dem „Tobersnt
im dunklen Auge“.

Und in der großen Pause, nach dem zweiten Akt, erhebt sich
der Maharadscha, gefolgt von seinen beiden Dienern, die in andert-
halb Meter Abstand hinter ihm gehen, und wandert zur Freude
des ehrfürchtigen Volkes im Foyer einmal auf und nieder.

Dann hebt „Er“ die Hand.

Und der Diener, der links hinter ihm steht, eilt wortlos ans
Büfett, verlangt in gebrochenem Deutsch, das etwas sehr reichlich
an russischen Jargon erinnert, ein Bier, zählt mit einer Hundert-
pfeifennote, bedeutet dem Kassantfräulein, das Geld morgen auf
der Bank wechseln zu lassen... und kehrt mit dem Glas zurück zu
seinem Herrn, der „eben so stehend, wie mit todernstem Gesicht
des Bieres harrt, das da kommen soll.“

Und er nimmt jenes Glas Helles und trinkt es leer in einem
Zuge, auf daß kein Tröpfchen des edlen Rosses mehr gesehen ward.

Während nun der erste Diener das Glas zum Büfett zurück-
trägt, reicht der zweite seinem Herrn ein reich bemaltes Taschentuch,
das — ganz langsam geführt — den Schaum von Rund und
Kinn wischt.

Dann gehen sich die Drei abermals in Bewegung, umkreisen
das Foyer und verschwinden in der Logentür, so wie sie gekommen.

In respektabler Entfernung aber erstarrten die Untertanen
Leipzig's in Ehrfurcht und Staunen. Viele Frauen sah man mit
gestauten Händen und seßg verklärten Augen, viele Männer mit
Brust raus und Haden zusammen, Knie ordentlich durchgedrückt.

So richtig wurde es erst nach Schluß der Vorstellung. Da
sperrte Polizei mit größter Mühe den Zugang zum maharadscha-
lichen Auto ab, harrt bedrückt von der sich quetschenden Volks-
menge.

Und „Er“ kam!

Wieder mit jenem finstern verchränkten Gesicht, das ja seit
Jahrhunderten den Maharadschas aller Länder zu eigen ist.

Der Diener riß gerade den Schlag auf, als sich eine sehr
hübsche Frau — sie konnte sehr gut eine prominente Schauspiele-
rin von außerhalb sein — durchdrängte und den Maharadscha um
etwas bat. Raum, daß er ein wenig lächelte, nahm er den ent-
gegengehaltenen Bleistift und das Programmheft und schrieb. So-
fort hatte die Meute es heraus; dort konnte man Autogramme
ergattern.

Und es begann ein Drängen und Stoßen, ein Schubsen und
Bogen auf Biegen und Brechen, daß die Polizei machtlos war.

Duzende von Händen bewaffnet mit Postkarten, leeren Zei-
tungsdeckeln, Programmheften, alten Kuverts... oder gar mit

Köllchen und anderen tausend schönen Dingen, streckten sich dem
Hauptling entgegen — und mit der Selbsteigenschaft eines Welt-
mannes schrieb er auf alles Dargebotene, so deutlich es ging.
Gu-Narrao Dli-Raes.

Als er endlich abfuhr, mußte sich der verhaltene Jubel des
Volkes Luft machen. Und sie schrien: Heil! aus angeschwelter
Brust und schwenkten Hüte und Tücher. Er aber dankte gnädig,
der Monarch... mit lässiger Handbewegung aus dem erleuchteten
Auto heraus.

Dann sah man den Wagen an der nächsten Straßenkreuzung
verschwinden, auf dem Trittbrett links den indischen Diener.

Da stand nun mitten in der begeisterten Menge ein altes
Mütterchen, sicher um die sechzig herum... ein paar Hängetränen
vor Aufregung in den Augen, und sprach folgenden Satz:

„Aee, nee... is des scheene... also egal grad so wie beim
Fium. So hab ich den Conrad Beidl auch schon mal gesehe!“

Das hat Gu-Narrao Dli-Raes leider nicht mehr gehört. Aber
die reisende Frau, die, wie gesagt, sehr gut eine prominente Schau-
spielerin von außerhalb sein konnte, hat es ihm und den beiden
anderen unter schallendem Gelächter nachher erzählt, als sie schon
wieder im Hotelzimmer die weißen Maharadscharöcke in den be-
wachten Koffer packte.

Kurt Jeserich: Die Insel St. Thomas

Ingu! — Ingu! läßt der junge elegante Junkoffizier den
Taster der Radioanlage ricken. Ingu! es ist die drahtlose Wirt-
stare unseres Schiffes. Das Telegramm „Ingu“, anlaufe morgen
St. Thomas buntere 100 To. Kohle!“ knistert die Drähte zu den
Rasten hinauf und rast durch Ätherwellen davon. Radio-
station St. Thomas — Virgin — Islands, USA, bestätigt
summend mit kurz—lang—kurz und lang—lang—kurz den Empfang
des Junkspruches.

Draußen poltern Wogen über die Bod, zerzhmettern ihre Kräfte
an den Ankerwintchen. Jehn bis vierzehn Tage, je nach Stärke
des Windes, durchstempfen die Schiffe mühselig Seemeile auf See-
meile des Weges von Colon nach St. Thomas. Immer
braust es von Osten und peitscht weiße Wunden in das rollende
Meer.

In seinen dienstfreien Stunden hört der Junkoffizier, er ist jung
und elegant, sagte ich, den neuesten Radio-Charleston aus New York,
Boston oder Philadelphia. Seine Beine zucken in wildem Rhythmus
ladender Sargophone, zu denen vielleicht elegante Poare, 5000 See-
meilen entfernt, trodene Schuhsohlen über blank geböhntes
Parkettholz schleifen.

„Stripes and stars“ nennen die Seeleute das, was am nächsten
Tage von unserm Fockmast weht. Das Sternbanner der Union
und die blaueweiße Flagge Jugoslawiens grüßen die Insel
St. Thomas.

Halb auf den Klippen vor dem Hafen liegt ein Brack und hat
noch keinen dreieckigen Nachruf in der himmelblauen Karte. „Es
war ein Engländer, er liegt erst drei Tage da, Prost!“ sagt der Lotse,
dann glückt goldener Dalmatinerwein durch seine Kehle. Wöge er
sich an der Rigur von USA-Prohibition und SCS-Dalmatiner
nicht den Magen verderben! Aber er wird es gewöhnt sein, bugsiert
er ja viele Schiffe in diesen Hafen.

Wirklich viele! denn St. Thomas ist der Kohlenplatz fast aller
Dampfer, die von Mittelamerika kommen. Kurs nach Osten haben.
Die Insel liegt so günstig zwischen den Großen und Kleinen Antillen,
fast genau auf dem Schiffsfahrwege von Panama nach Europa und
Afrika, daß amerikanischer Busineßgeist einige Millionen Dollars
springen ließ und sie von Dänemark kaufte.

Langsam läuft „Remansa“ in den Hafen „Charlotte
Amalia“ ein. Eigentlich ist er nur eine natürliche Bucht, dieser
Hafen, mit einer etwas zu schmalen und darum nicht ungefährlichen
Zugangstraße. Zum Zeichen dessen steht auch auf der Karte ein
Dreieck neben dem Eingang, da drüben an Bordbord ist es in natura
zu bewundern, einstmals war das ein Biermältschoner.

St. Thomas ist schön. Eine Kohlenstation zwar, aber das nur
auf einer Landzunge. Die Stadt selbst ist Kurort, ein Palm-
beach, wie an der Küste Floridas, ein Kolberg oder Swinemünde
ins Tropische übertragen. Zuckerrohr wächst auf den Feldern,
Ananas und Tabak. Palme säumen die Ufer.

Hügelan liegt die Stadt, Hotelpaläste, Villen, weiße Straßen,
adrett und nett; über ihnen scheint die Sonne. Ein Schuhmann mit
Combouhut kommt an Bord und plambiert das Alkoholrefervoir.
„USA“ steht auf den Plomben. Unser Lotse hat noch rechtzeitig
„Prost“ gesagt.

Reinrich Kemmer: Indisches Nocturno

Im Nebenzimmer, aus dem ich jedes leiseste Geräusch vernehme
die Zimmerwände des Bungalows reichen, um einen Lustzug zu
ermöglichen, nicht bis zur Decke, schläft ein englischer Lord und
schnarcht wie eine Bretterjäge. Der Lord spricht nur in gedämpften
Tönen und legt ein äußerst diskretes Benehmen an den Tag; wenn
die Nacht hereinbricht, trinkt er eine Flasche Whisky und verfällt
in einen tiefen, dröhnenden Schlaf. Ich warte, bis der Lord zu
schlafen beginnt, dann gehe ich zu Bett und folge dem Tempo seiner
Atemzüge. Nur so findet mein dampfender Körper Schlaf in der
dummpen Atmosphäre unterm Moskitoneß.

Witten in der Nacht wurde ich einmal aus dem Schlummer
geschreckt. Das Unerhörte hatte sich ereignet: der Lord schnarchte
außer Takt. Sein Atemmechanismus stampfte wie eine Schiff-
maschine in Sturm. Ein langgebehrter Klagelaut — Totenstille.
„Der arme Lord“, denke ich, „das hat er von seinem Whisky; jetzt
hat ihn der Schlag getroffen.“ Ich trabte aus dem Reß und eile,
dem Nachbar zuliebe, auf den Korridor.

Vor der Tür des Lord sieht ein junger Hindu, ein Bein über
das andere geschlagen, die Funtelschnur um die große Zehe ge-
wickelt. Diese Schnur läuft über Rollen und durch Luken in das
Schlafzimmer und setzt dort eine Puntka genannte, kurze, plüffierte
Tücherreihe über dem Bett in Bewegung, die dem Schläfer Kühle
zulächelt und die lauernden Moskitoschwärme von ihm fernhält.
Eine Puntka ist angenehmer als ein Moskitoneß, aber solange sie
nicht mechanisch betrieben wird, ist sie nicht so verlässlich wie ein
Moskitoneß. Zwar hat dieses meist ein Loch, das muß man

Regen kommen an Bord, die Nachkommen der Sam und Tomm
unserer Jugendromane aus dem westindischen Sklavenbassin. Wer
sie tragen nicht mehr rotweiß gestreifte Hosen und bunte Hemden,
sondern Kalkanzüge, und sie handeln mit indischen Seesternen, Kor-
allenkästen, Schildpatt und Kasteen. Große Muskeln haben sie
schwerlich mit sturmunwobten Schiffen demolt und mit englischen,
dänischen oder amerikanischen Fähnchen. Je nach Nationalität
des einlaufenden Dampfers werden nun die entsprechenden
Muskeln angeboten. Frauen und Kinder kommen mit Früchten
herbei. Mangos, Papayas (eine melonenartige süße Frucht), Ananas
und Bananen werden verhandelt, Bayrumflaschen und Cemei-
Zigaretten.

Dann wird Kohle gekunkert. In knapp zwei Stunden muß das
erledigt sein, denn die Börse in London will, daß wir es eilig haben.
Aber wie es erledigt wird, ist ein trauriges, beschämendes Kapitel.
Da tumm eine Schor Menschen zum Kohlenplatz, hager, zermürbt
und elend. Und diese Menschen sind Regerverweiber! Alte, junge,
kräftige, schwache, gesunde und tranke. Die Fron ihres Tagewerkes
hat ihre bitteren Runen in harte Gesichter geschnitten. Auf ihren
Köpfen schleppen sie die Kohlenkörbe über den Bauffsteg! Hinter-
einander! immer im Trab! Drei Cent für die Kiepel! Schlep-
pen, traben, unermülich, Kohlenstaub mischt sich mit Schweiß,
macht die Gesichter mit den Toppfellen und den breiten Regengolent
zu süßlicheren Fratzen, aus denen das Weiß der Augen blüht, der
Augen, von denen man meint, daß sie nur Anklagen auf uns und
unser Kultur zu schauen vermögen. Schlep- pen, schreien, traben!
Drei Cent für die Kiepel! Was kummert's die United States, daß
es alte brüchige Weiber sind. Wer fragt nach dem Leben eines
Regers in Westindien. Jeder Amerikaner auf St. Thomas kennt die
Kohlenweiber. Ist keinem, nicht einem einzigen die Schamröte ins
Gesicht geschossen, als er sie hat arbeiten sehen? Wo bleibt hier
Freiheit und Kultur und Menschenrecht der neuen Welt, und vor
allem, wo bleibt dabei die Ehre der weißen Rasse?

Drüben an der Palmbeach tummeln sich unzählige Josephine
Bakers im flachen Wasser. „Welcome!“ grüßt ein Pfat auf einem
Landungsteg, fast genau wie daheim in Wannsee oder Grünau.
Auf Liegestühlen erdulden amerikanische Rodns Jollern der Lange-
weil; und wippen mit eleganten Fußspitzen oder Sonnenschirmen
in die wimmernden Bandiolmelodien eines schlanten Niggerboys.
Ein alter Mann reißt rote Korallenstücken zu einer Kette.

Zwei Stunden sind schnell verronnen. Wir fahren davon —
müde Kohlenweiber alogen uns nach. Schon rollt die beginnende
Dämung den ersten Brecher über das Deck. Die Insel verfinstert im
Meer. Freunde in der Heimat werden bald Briefe erhalten, auf
denen der Poststempel „St. Thomas“ steht, in den Kabinen liegen
die erhandelten Seerungeheuer und Korallenstücke herum, von denen
man noch nicht genau weiß, wie man sie unbeschädigt in die Heimat
transportieren soll, in den Taschen klumpen Münzen, die man nie
mehr gebraucht und die im Karitätenkasten eines Neffen aus der
Untertertia ein geruchloses Ende finden werden. Und die Er-
innerung bleibt an eine schöne Insel und an elende schwarze
Weiber...

finden, die eingedrungenen Moskitos töten und es zubinden, ehe
man Ruhe findet, aber dann ist sie gesichert, ist definitio. Wenn
aber die Puntka stille steht, fallen die Moskitomassen, die, wie ge-
sagt, auf so einen Vorfall lauern, über die Schläfer her und zapfen
ihm sein Blut ab.

Die große Zehe des Hindus ragte starr in die Luft; der arme
Barfische schlief. Da öffnet sich hinter ihm die Tür, Draußen erhebt
sich der zerlockene Arm des Lord, saust auf ihn schlafenden Bon
herab und verfehlt ihm eine schallende Ohrpeige. Der schüttelt nur
den Kopf und sofort setzt sich wieder das übergeschlagene Bein in
Bewegung und geht langsam und wie eine Maschine auf und ab,
auf und ab. Ich kriechte wieder unterm Moskitoneß. Der Lord
schnarcht wieder regelmäßig, bald ruh' ich auch.

Ein schwedisches Steinzeit-Dorf

In Dag in der schwedischen Provinz Ostgöland wird ein
Steinzeitdorf aus dem Sumpf ans Tageslicht gebracht. Die
Arbeiten werden nach einem Bericht der Frankfurter Wochenzeitung
„Die Amshau“ von dem Stockholmer Archäologen Floedin auf
Kosten der Regierung geleitet. Es ist schwer zu erkennen, warum
die Stadt gerade in Sumpf angelegt wurde, so daß die Häuser auf
schweren Holzbohlen ruhen mußten, wahrscheinlich war diese Ver-
teilung aber zu einer erfolgreichen Verteidigung gegen Angriffe geeignet.
Der einzige Verbindungsweg mit dem festen Lande bestand aus
einer schmalen Brücke, die nach Belieben eingezogen werden konnte.
Der größere Teil der alten Siedlung war von einer mit flad-
steinen gepflasterten Straße durchzogen.

